

## *Bericht von der Podiumsdiskussion des KER HVL in Falkensee am 29.8.2014*

“Schulsozialarbeit: Alle einig!?”

Wer gedacht hatte, er würde zu einem Streitgespräch über Schulsozialarbeit gehen, sah sich getäuscht. Nach einer überzeugenden Darstellung der Notwendigkeit von Schulsozialarbeit von Anke Bienwald (Mikado e.V. Nauen) geht es in der Politikerrunde nicht mehr um das ob, sondern um das wie, also um die Finanzierung.

Alexander Lamprecht (SPD) stellt die Forderung nach Abschaffung des Kooperationsverbotes in den Vordergrund, damit der Bund die Finanzierung übernehmen kann. Auf Nachfrage sieht er auch das Land in der Pflicht, falls das Kooperationsverbot bleibt. Die SPD hatte im Vorfeld die Erweiterung der Schulsozialarbeit begrüßt, aber unter Finanzierungsvorbehalte gestellt.

Barbara Richstein (CDU) überrascht mit einem klaren Bekenntnis zur Schulsozialarbeit und verweist auf das 510-Stellen-Programm. Sie sieht hier einen Hebel, der neben dem Land auch die Kommunen in die Pflicht nimmt. Bisher hatte die CDU dem Thema nur eine sehr geringe Priorität eingeräumt.

Torsten Krause (Linke) verspricht jeder Schule, die das will, mindestens eine Sozialarbeiterstelle. Voraussetzung ist ein Beschluss der Schulkonferenz.

Marie Luise von Halem (B90/Grüne) bevorzugt auch eine Mischfinanzierung der verschiedenen Ebenen, Andreas Büttner (FDP) will über ein Landesprogramm finanzieren und Reimond Heydt (Piraten) gibt aus Landesmitteln pauschal 25% mehr in die Bildung und würde dezentral den Schulen die Entscheidung überlassen. Torsten Gärtner (BVB/Freie Wähler) betont, dass große Schulen mehr Stellen erhalten müssen, seine Partei würde in jedem Fall einer Finanzierung zustimmen.

Schließlich droht die Diskussion zu zerfasern. Die Politiker(innen) gehen ihrer Lieblingsbeschäftigung nach und unterstellen sich in einer kleinkarierten Auseinandersetzung über Fördertöpfe gegenseitig Unsachlichkeit oder Unfähigkeit.

Das nimmt dann der Moderator Burkhardt Meyer zu Natrup zum Anlass, das nächste Thema anzukündigen. Wolfgang Seelbach, Landeselternsprecher, beschließt die Debatte über Schulsozialarbeit mit einem Appell aus Sicht der Eltern an die Politik: „Uns ist es nicht wichtig, wie Sie das regeln, Hauptsache Sie lösen das Problem!“ Er verweist auf die Homepage des Landesrates der Eltern, auf der die offiziellen Positionen der Parteien nachzulesen sind, „die zum Teil deutlich von dem abweichen, was wir hier heute gehört haben.“

Fazit: Auf den ersten Blick sind alle für mindestens eine Stelle Sozialarbeit pro Schule, aber der Verdacht kommt hoch, dass sich die Politik trotz aller Lippenbekenntnisse mal wieder bei der Finanzierung nicht einigt. Dennoch scheint der Druck inzwischen so hoch zu sein, dass eine Verbesserung bei der Schulsozialarbeit nach den Wahlen zu erwarten ist.

Vertretungsreserve: 6% in Sicht!

Nach den Oppositionsparteien und Linken hat jetzt auch Alexander Lamprecht für die SPD eine klare Aussage gemacht: Erhöhung der Vertretungsreserve auf 6% ist Programm. Verschiedene Redner gehen darauf ein, dass 2% Unterrichtsausfall nur ein Teil der Problematik widerspiegelt. Bei 10% Vertretungsbedarf führen zusammengelegte Klassen und Ausfall von Förderstunden zu einer

Verschlechterung der Unterrichtsqualität. Torsten Krause gibt zu bedenken, dass eine 100%-ige Versorgung nicht möglich ist, einen gewissen Anteil von Ausfallstunden werde es immer geben.

Inklusion: Die Diskussion geht weiter

Das letzte große Thema des Abends, die Inklusion, wird durch den Beitrag eines Vaters ausgelöst. Er kämpft seit langem dafür, dass sein Kind mit Down-Syndrom eine durch den Staat finanzierte Betreuung auch im Hort erhält. Das Thema ging vor einem Jahr durch alle Medien, der Landeselternrat hatte entsprechende Beschlüsse gefasst und das Parlament hat inzwischen ein Gesetz erlassen, das die Bezahlung regeln soll. Wie ein Hohn erscheint es jetzt den Betroffenen, dass das Gesetz offenbar nicht umgesetzt wird und dem Kind 10 bis 15 Minuten Betreuung am Tag angeboten wird.

In der folgenden Politikerrunde gibt es neben den bekannten unterschiedlichen politischen Pflichtbewertungen auch sehr persönliche Beiträge. Torsten Krause drängt auf eine Verlangsamung des Tempos bei der Umsetzung der Inklusion, weil er noch nicht sieht, dass der Wille in der Gesellschaft dazu vorhanden ist. Still wird es im Saal, als Marie Luise von Halem in einem emotionalen Plädoyer für Inklusion ihre langjährigen Erfahrungen in skandinavischen Ländern beschreibt, in denen Inklusion gesellschaftlich schon lange eine Selbstverständlichkeit ist.

Nach der offiziellen Veranstaltung gibt es noch Gesprächsbedarf und Informationsaustausch in vielen kleinen Gruppen.

Dank an Schulleiterin und Hausmeister der Kantschule, die geduldig bis 22 Uhr ausharren.

Dank auch an den Kreiselternrat Havelland, insbesondere die Vorsitzende Antoinette Jaworowski sowie die Stellvertreter(innen) Christiane Lewandowski und Burkhardt Meyer zu Natrup, für die gute Vorbereitung und Kooperation mit dem Landesrat der Eltern.

Dank an die Politiker(innen), die in der Regel sehr sachlich argumentiert und die Wünsche der Elternschaft ernst genommen haben. Dank auch an das Publikum, das sehr diszipliniert war und mit sachkundigen und sehr konkreten Beiträgen die Veranstaltung belebt hat.

Hier nochmal die Teilnehmer:

- für die SPD Alexander Lamprecht, Direktkandidat Wahlkreis HVL II
  - für die CDU Barbara Richstein Direktkandidatin Wahlkreis HVL II
  - für die LINKE Torsten Krause, Vorsitzender Bildungsausschuss des Landtages
  - für die FDP Andreas Büttner, bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion
  - für B90/Grüne Marie Luise von Halem, bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion
  - für die Piraten Raimond Heydt, bildungspolitischer Sprecher seiner Partei
  - für BVB/Freie Wähler Torsten Gärtner, bildungspolitischer Sprecher seiner Wählervereinigung
  - als Expertin Anke Bienwald, Mikado Nauen (freier Träger)
  - Moderation: Burkhardt Meyer zu Natrup, Sprecher KER HVL 2012 – 2014
- Organisation: Antoinette Jaworowski, Sprecherin KER HVL

Wolfgang Seelbach, Sprecher Landesrat der Eltern Brandenburg, 30.8.2014"

Siehe auch <http://www.maz-online.de/Lokales/Havelland/Falkensee-Politiker-diskutieren-ueber-Bildungspolitik>

# Burkhard Meyer zu Natrup gibt Amt ab

Veröffentlicht am 27.07.2014 durch Redaktion

Burkhard Meyer zu Natrup gibt den Vorsitz des Kreiselternrates ab, da nun seine Kinder aus der Schule raus sind. Die BraWo vom 27.7.2014 und das Falkenseer Stadt-Journal widmen ihm umfangreiche Artikel.

“1996 ist Meyer zu Natrup in den Kitaausschuss “hineingerutscht”, wie er sagt. “Ich wollte etwas bewegen.” Ein Anliegen, das nicht zu einer reinen Worthülse verkommen sollte. Seither hatte er Blut geleckt. An vier Falkenseer Schulen, Scholl-, Förder-, Ober- und Kantschule, hat er sich fortan für die Kinder- und Jugendlichen aber auch für die Schulleitung und die Lehrer an den Bildungsstätten eingesetzt, indem er die Politik und deren Vertreter auf Probleme hingewiesen oder Forderungen gestellt hat.

Nachdem er Eltern-, Schulkonferenzen mittelbar hinter sich gelassen hat und schließlich nach der Gründung des Fördervereins der Kita “Sonnenstrahl”, auch dem stand er vor, ab 2011 als Vorsitzender des Kreiselternrats drei Jahre lang Papiere gewälzt, Protokolle geschrieben, stundenlang über Jahre hinweg am Rechner gesessen und natürlich kritisch die Bildungspolitik des Landes begleitet und hinterfragt hat, etwa in Zusammenarbeit mit Wolfgang Seelbach, dem Vorsitzenden des Landeselternrats.”

...

“Chronischer Unterrichtsausfall an Schulen, eine schlechte bis bestenfalls dürftige Vertretungsreserve, generell zu wenig Lehrer, all das sind weitere Schwerpunkte, die es zu beackern gilt – auch für seine Nachfolgerin als Vorsitzende des Kreiselternrats, Antoinette Jaworowski. Ganz vordergründig steht die Schulsozialarbeit allerdings derzeit im Fokus. Diese zu erhalten, ist für Meyer zu Natrup weiterhin ein wichtiger Faktor. “Das geht aber nur über das Land. Es müssen an jeder Schule zwei Sozialarbeiter her, selbst ein Psychologe gehört dazu. Entgleisungen an Schulen gibt es schließlich immer mehr. Wenn die Hormone bei den Jugendlichen verrückt spielen, rasten sie aus.” Und wie beurteilt er grundsätzlich die Bildungspolitik? “Das ganze System muss geändert werden”, sagt er. “Aus meiner Sicht ist das Anfang der 90er Jahre am jetzigen Oberstufenzentrum gestartete Pilotprojekt immer noch erstrebenswert. Das heißt: Eine Schule, in der alle von der ersten bis zur 13. Klasse lernen, ist für mich die beste Variante.”

Quelle: BraWo 27.7.2014 Seite 4,

online: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1305882>

siehe auch das Falkenseer Stadt-Journal 8/2014 Seite 10 <http://falkenseer-stadtjournal.com/>

## Wustermark/Elstal: Mehrheit pro Gesamtschule

Veröffentlicht am 19.05.2014 durch Redaktion

Eine Umfrage des Bündnisses "Gemeinsam für mehr Demokratie", an der 550 Wustermarker Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, ergab eine Zustimmung von 80% zu der beantragten Umwandlung der Sielmann-Oberschule in eine Gesamtschule.

"zur Frage:

3. Soll die Oberschule Elstal in eine Gesamtschule umgewandelt werden?

Stimmten 80% mit Ja und 20% mit Nein. Hierzu soll jetzt ein Prüfauftrag an das Schulamt zur Analyse erteilt werden, der den Bedarf ermitteln soll. Dieses dauert erfahrungsgemäß 2-3 Jahre. Diese Zeit will die Gemeinde nutzen um die Grundschule Wustermark baulich erst einmal fertig zu stellen, da die Umstellung der Oberschule in eine Gesamtschule, aufgrund der Schaffung zusätzlicher Räume, viel Geld kostet. Sollten alle Genehmigungen des Schulamtes dann vorliegen, kann frühestens 2017 der Wandel vollzogen werden."

<http://gemeinsam-fuer-demokratie.de/buerger-umfrage-zur-zukunft-wustermarks/>

siehe auch: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1279135>

## Keine Zeugnisnoten wegen Unterrichtsausfall

Veröffentlicht am 11.04.2014 durch Redaktion

"An den Schulen im Havelland sind im ersten Halbjahr des laufenden Schuljahres 9522 Unterrichtsstunden ausgefallen. Das sind zwei Prozent des Stundensolls, womit der Kreis über dem Landesschnitt von 1,8 Prozent liegt. 676 Schüler bekamen deshalb in einem oder mehreren Fächern keine Zeugnisnoten. ...

Problematisch ist der Unterrichtsausfall laut Kreiselternsprecher Burkhard Meyer zu Natrup vor allem für die Zehntklässler, die sich mit ihrem Halbjahreszeugnis auf eine Lehrstelle bewerben wollen. „Wenn Noten fehlen, entscheiden sich die Betriebe im Zweifel vielleicht für jemand anderes“, sagt er. Aber auch für alle anderen Schüler sei es problematisch, den versäumten Unterrichtsstoff aufzuholen, der später vorausgesetzt wird.

...

Über das kürzlich eingeführte schulische Vertretungsbudget – landesweit insgesamt 5 Millionen Euro – sollen die Schulen kurzfristig selbst zusätzliche Lehrkräfte einstellen können. Burkhard Meyer zu Natrup hält dieses Instrument allerdings für wenig wirkungsvoll: „Wenn keine Lehrer auf dem Markt sind, nützt all das schöne Geld auch nichts“, sagt er. Die Schulen könnten nichts dafür, letztlich sei das Bildungsministerium verantwortlich für die Misere. " (MAZ)

# KSB HVL: Ausnahmen vom Besuchsverbot müssen möglich sein!

Veröffentlicht am 18.02.2014 durch Redaktion

Das sechswöchige Besuchsverbot von Politikern in Schulen vor Wahlen wird zur Zeit öffentlich diskutiert. Das Ministerium plant im Auftrag der Fraktionen eine Aufhebung dieser Regelung. Stattdessen sollen die Schulkonferenzen entsprechende Fristen festlegen können. Gleichzeitig soll auf das Verbot politischer Werbung (§47 Schulgesetz) hingewiesen werden.

**Der KSB HVL hat** auf seiner Sitzung am 18.2.2014 das Für und Wider von Vorträgen und Diskussionen mit Politikern in der Wahlkampfzeit ausführlich diskutiert und **beschlossen, dass Ausnahmen vom schulischen Besuchsverbot für Politiker möglich sein müssen**. Eine generelle Aufhebung der 6-Wochenfrist wird allerdings von den anwesenden Lehrkräften, Schülern und Eltern Mitgliedern als zu weitgehend angesehen. Stattdessen fordern sie, dass Nr. 12 (4) der VV lediglich ergänzt wird: **“Ausnahmen sind nur durch einen jeweiligen Beschluss durch die jeweilige Schulkonferenz zulässig.”**

Damit würden die umstrittenen Absätze der VV Schulbetrieb nun lauten:

“(3) Bei der Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern von Parteien und Wählergemeinschaften darf keine einseitige Auswahl vorgenommen werden. Die notwendige Ausgewogenheit wird mittels geeigneter Maßnahmen durch die Lehrkraft abgesichert.

(4) Innerhalb der letzten sechs Wochen vor Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie vor Wahlen zum Europäischen Parlament ist von einer Einbeziehung von Abgeordneten, Bewerberinnen und Bewerbern um ein Mandat sowie sonstigen Vertreterinnen und Vertretern von Parteien, Wählergemeinschaften und anderen politischen Organisationen in den Unterricht oder in schulische Veranstaltungen einschließlich Veranstaltungen der schulischen Mitwirkungsgruppen abzuweichen. Ausnahmen sind nur durch einen jeweiligen Beschluss durch die jeweilige Schulkonferenz zulässig.”

Der LER wird am 22.2.2014 das Thema beraten.

## Schulwegsicherung: Eltern-AG in Dallgow fordert Gehör

Veröffentlicht am 2.02.2014 durch Redaktion

Die Schulwegsicherung ist seit Jahren Thema in der Elternschaft der Grundschule in Dallgow-Döberitz. Nach dem tödlichen Unfall eines Rad fahrenden MCG-Schülers wurde die Diskussion wieder verstärkt geführt und eine Eltern-AG hat einen detaillierten Bericht mit Lösungsvorschlägen über die wichtigsten Gefahrenstellen erstellt.

Siehe dazu den Bericht im BraWo.

Hier der Bericht der Eltern-AG Report AG Sichere Schulwege

## Reisekosten für Lehrkräfte endlich geregelt!

Veröffentlicht am 24.01.2014 durch Redaktion

### **Lehrkräfte erhalten in Zukunft Reisekosten bei Klassenfahrten erstattet.**

Jetzt ist es endlich offiziell: Reisekosten der Lehrkräfte bei Klassenfahrten werden vom Land bezahlt. Diese eigentlich selbstverständliche Regelung wurde in den letzten Jahren immer wieder von Lehrkräften und Eltern angemahnt. Aber erst Gerichtsurteile konnten die unwürdige Praxis stoppen, dass Lehrkräfte die Reisekosten aus eigener Tasche bezahlen mussten. Landeselternrat und Landesschulbeirat haben der neuen Verordnung nun im Mitwirkungsverfahren zugestimmt. Sollten die veranschlagten 1,82 Millionen Euro nicht reichen, wird nachverhandelt.

*Quelle: Landesrat der Eltern*

## Keine Amokgefahr am MCG

Veröffentlicht am 22.01.2014 durch Redaktion

Mutmaßliche Amoklauf-Ankündigung am 21.1.2014 bewahrheitet sich nicht.

Siehe den Artikel in der moz. und den Artikel in der MAZ.

## Kreis HVL: Förderprogramm Schulen

Veröffentlicht am 17.01.2014 durch Redaktion

Das Förderprogramm des Kreises Havelland läuft auch in diesem Jahr 2014 mit 160.000 Euro weiter. Mit 50% Eigenanteil der Kommunen werden Verbesserungen der Schulausstattung gefördert, auch der Küchen für das Schulessen. Siehe den Bericht in der moz .

## Elternprotest Seeburg: Jugendclubs bleiben erst mal!

Veröffentlicht am 2.01.2014 durch Redaktion

Der Elternprotest und die Einwände vom Jugendförderverein Mikado haben zunächst Erfolg. Die Jugendclubs Seeburg und Dallgow bleiben bis Sommer getrennt, im Haushalt werden 10.000 € Überbrückungsgeld eingestellt. Ursprünglich hatte die Gemeindevertretung im November eine Reduzierung der Jugendarbeit und tageweise Schließung der Clubs gegen die Stimmen von Linke und Grüne beschlossen. Linke und Grüne stellten daraufhin den Antrag, dem Träger ein Jahr Zeit für ein neues Konzept zu geben und die Jugendarbeit zu evaluieren (bewerten).

Dem wurde auf der Dezembersitzung im Prinzip stattgegeben, aber nur mit einem halben Jahr Überbrückung und ohne Bewertung.

Bericht in der moz

Berichte zum ursprünglichen Beschluss

Siehe den Artikel im Preußenspiegel

Artikel in der MOZ mit Positionen der Politiker

Kritik von den Grünen

# KER HVL fordert Erhöhung der Vertretungsreserve

Veröffentlicht am 15.12.2013 durch Redaktion

Aus Sicht des KER HVL reicht die Erhöhung der Vertretungsreserve von 3 auf 4,5% nicht aus. Hier die PM des Sprechers und die Petition des KER HVL:

PM KER HVL 2013 12

Petition KER HVL an den Landtag Brandenburg

# Schulsozialarbeit: Kreistag HVL uneinig

Veröffentlicht am 6.12.2013 durch Redaktion

Alle wollen die Schulsozialarbeit weiterführen, aber keiner will es bezahlen. Dieser Eindruck drängt sich angesichts der derzeitigen Debatte leider auf.

Eine Lösung scheint also noch in weiter Ferne. Die Positionen der Fraktionsvorsitzenden des Kreistages HVL im BraWo 15.12.2013. <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1223196>

Laut Koalitionsvertrag ist vom Bund keine Finanzierung mehr zu erwarten, zumindest nicht in der bisherigen Form.

In HVL geht es um 17 Stellen. Die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag HVL schieben den Schwarzen Peter jeweils den anderen Parteien zu. Michael Koch (CDU) fordert Signale von der rot-roten Landesregierung. Letztere hatte aber schon vor längerer Zeit eine Weiterfinanzierung abgelehnt. Harald Petzold (Linke), im Kreis in der Opposition, bemängelt ungemachte Hausaufgaben bei der Haushaltsaufstellung im Kreis HVL, die der Finanzminister Markov (Linke) einfordert. Felix Döppner (Grüne) fordert dringlich, die Gespräche zu forcieren. Seine Partei ist allerdings auf allen zuständigen Ebenen in der Opposition.

Landrat Schröder hält eine weitere Diskussion in den Ausschüssen für notwendig. Das stößt in Elternkreisen auf Unverständnis, denn das Problem der auslaufenden Finanzierung wird schon seit mehreren Monaten öffentlich diskutiert.

In der Vergangenheit hatten sich Mitwirkungsgremien, insbesondere der Kreisschulbeirat Havelland und der Landesschulbeirat für mindestens eine Stelle Schulsozialarbeit an jeder Schule eingesetzt.

B90/Grüne HVL haben auf ihrer Mitgliederversammlung am 5.12.2013 die Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter im Havelland gefordert. Da zur Zeit unklar ist, wie die bisherige Finanzierung der 16 Stellen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket durch den Bund weitergeführt werden soll, fordern die Grünen eine Zusammenarbeit von Kreis, Land und Bund.

Wie aus der Presse (MAZ, 5.12.2013) bekannt wurde, plant die Linke einen Antrag im Kreistag, das "Geld vom Bund, das bislang dem Jobcenter zugute kam, für die Finanzierung der Bildungssozialarbeit zu verwenden".

Antrag der Fraktion Die Linke:

<https://ratsinfo.havelland.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=726&options=4>

Hier der Wortlaut des Grünen-Beschlusses vom 5.12.2013:

"Schulsozialarbeit weiterführen und ausbauen!

Der Kreisverband Bündnis90/Grüne fordert den Kreis Havelland auf, zusammen mit dem Land für die Weiterfinanzierung der am Jahresende auslaufenden Mittel für Schulsozialarbeit, die nach dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden, zu sorgen. Gleichzeitig sollen Kreis und Land in Verhandlungen mit dem Bund treten, um eine Weiterführung der Mittelzuwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket oder eine entsprechende Anschlussfinanzierung zu erreichen.

Anlass ist das Auslaufen der Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Es gibt aber weiterhin Bedarf, wie die Auslastung zeigt.

Jede Schule sollte mittelfristig mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass an allen Schulen Bedarf an Schulsozialarbeit besteht."



# “Grundschulabi”: letzter Durchgang mit Problemen!

Veröffentlicht am 25.11.2013 durch Redaktion

Das Ministerium informierte am 23.11.2013 die Schulleitungen und den Landeselternsprecher darüber, dass bei der ZVA6 (Zentralen Vergleichsarbeit 6. Jg.) aufgrund der ungewöhnlich schlechten Zensuren in Deutsch die Bewertung zugunsten der Schüler verändert werden muss. Das Ministerium hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, die ZVA6 ab dem nächsten Schuljahr 2014/15 nicht mehr durchzuführen, da der Aufwand nicht mehr verhältnismäßig sei.

Eine Ursache ist offenbar, dass trotz zahlreicher Hinweise von Fachkonferenzen und aus der Elternschaft die überharte Bewertung der Leistungen jahrelang nicht den normalen Gepflogenheiten angepasst wurde.

So schrieb schon im September 2008 der KSB HVL an den damaligen Bildungsminister Rupprecht:

“Bitte überarbeiten Sie die Bewertung der Deutsch-Aufgaben dahingehend, dass für richtige Teillösungen auch Teilpunkte vergeben werden können – so wie es im Mathematik-Teil schon realisiert ist. Das bedeutet, dass (wie im Mathematik-Teil) die zu erreichende Punktzahl auch mehr als „1“ sein kann. Bisher ist für jede Deutsch-Aufgabe nur ein einziger Punkt vorgesehen.

Ein Beispiel: Es sollen zu vier vorgegebenen Nomen passende Adjektive gefunden werden. Nach den vorliegenden Musterlösungen würde beispielsweise ein Schüler, der immerhin drei richtige Antworten findet, 0 Punkte erhalten. Er wird damit in der Bewertung einem Schüler gleichgestellt, der mit der Aufgabe überhaupt nichts anfangen kann. Eine zu erreichende Gesamtpunktzahl von beispielsweise zwei oder vier Punkten für diese Aufgabe könnte eine differenzierte Bewertung ermöglichen. Auch die Gewichtung der Aufgaben untereinander kann so differenziert gestaltet werden, wenn es gewünscht ist. Dieses Vorgehen ist bei zentralen Prüfungen üblich. Die Vergabe der Teilpunkte wird dann im Lösungshorizont beschrieben.”

Es gab zwar ein Antwortschreiben, aber die Bewertungsverfahren änderten sich nicht. Die Verantwortlichen sahen sich nicht in der Lage, Kompetenzen differenziert zu bewerten, sondern es gab nur die Möglichkeit, eine Kompetenz mit vorhanden/nicht vorhanden zu beurteilen.

Dazu hatte der KSB dann im März 2009 ausgeführt:

“Wir stimmen Ihnen zu, dass die Aufgaben vom Anforderungsniveau her angemessen sind und halten auch das Vorgehen, verschiedene Anforderungsbereiche mit verschiedenen Aufgaben abzudecken und entsprechend zu gewichten, für sinnvoll.

Bei der Bewertung einer bestimmten Kompetenz sind wir jedoch nach wie vor der Meinung, dass es möglich sein muss, differenziert zu bewerten.

Nicht nur in der Schule, auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. der Wirtschaft ist es selbstverständlich, dass Kompetenzen nicht nur zweistufig (vorhanden / nicht vorhanden), sondern mehrstufig bewertet werden, z. B.: vollständig / überwiegend / teilweise ... vorhanden.

Auch die Kompetenz „aus vorgegebenen Nomen Adjektive abzuleiten“ kann durchaus auch überwiegend oder teilweise vorhanden sein. Fehler können auch dadurch entstehen, dass das Nomen und/oder die Adjektivierung im Sprachgebrauch des Schülers nicht so häufig vorkommt, der Schüler einen Augenblick unkonzentriert ist, u. a..

Sie schreiben richtig, dass „die Lösung mehrerer Anwendungsbeispiele erforderlich“ sein muss. Mehrere Beispiele könnten aber auch 3 von 4 sein – oder 7 von 8. Dann hat er sicherlich die Kompetenz, aber nur überwiegend. Sie hingegen würden diesem Schüler die Kompetenz vollständig abstreiten und 0 Punkte vergeben.

Wir hoffen, dass Sie in den nächsten Jahren den Korrektoren die Möglichkeit geben werden, in diesem Sinne auch differenzierte Bewertungen einzelner Kompetenzen zu ermöglichen.

Zum Schluss möchten wir noch ein Missverständnis aufklären. Sie schreiben, dass die guten Ergebnisse zeigen, dass die Schüler „keineswegs durch die Einpunktbewertung benachteiligt waren“. Wir freuen uns mit Ihnen, dass die Ergebnisse gut ausgefallen sind, ein Argument für die undifferenzierte Einpunktbewertung sehen wir darin jedoch nicht. Wir wollen mit unseren Vorschlägen nicht die Quoten, sondern das Verfahren verbessern.“

Dieses Schreiben wurde nicht weiter beantwortet und der Dialog war beendet.

## Landesrat der Eltern hat neuen Vorstand

Veröffentlicht am 22.11.2013 durch Redaktion

**Landesrat der Eltern neu konstituiert:** Der Landesrat der Eltern (LER) hat sich am 16.11.2013 turnusmäßig neu konstituiert. Die Sitzung fand im Anschluss an die Elternuni in der FH Potsdam statt. Die Mitglieder des LER waren in den letzten Wochen von den Kreiselternräten bestimmt worden.

Als Sprecher wurde Wolfgang Seelbach (HVL) wiedergewählt. Im Vorstand sind neben dem Sprecher wieder Ulrike Schwenter (UM) und Silke Löwe (EE) vertreten. Neu im Vorstand ist Andreas Menzel aus Potsdam. Mehr unter <http://www.landesrat-der-eltern-brandenburg.de/nachrichten/>

## Bildung im Wahlkampf: SPD und Linke legen vor.

Veröffentlicht am 23.10.2013 durch Redaktion

Nach dem "Leitbild" der Linken (19.10.2013), in dem erste bildungspolitische Festlegungen für den Wahlkampf getroffen wurden, hat nun die SPD Grundzüge eines Bildungsprogramms für die nächste Wahlperiode in Brandenburg 2014 – 2019 vorgelegt. Hier einige Kernaussagen:

- Zusätzlich 400 Lehrerstellen über den Bedarf hinaus, dadurch besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis.
- Gymnasium mit 12-jähr. Abi und Gesamtschule mit 13-Jähr. Abi wie bisher
- Oberschulen: "vertiefte Bildung" zur besseren Anbindung an Oberstufe
- Längeres gemeinsames Lernen möglich durch Fusionieren von Grund- und Ober- bzw. Gesamtschulen, wenn Kommunen und Eltern das wünschen
- Entscheidung über Ausweitung der Pilotkonzeptes zur Inklusion erst nach Abschluss der wissenschaftlichen Begleitung
- Verbesserung der Krippen-Betreuung (Schlüssel von 1:6 auf 1:5), dafür 1000 neue Erzieherstellen
- Finanzspritze für die Hochschulen von 75 Mill. Euro
- Gesamtvolumen 249 Mill. Euro

Hier der Link zum Leitantrag des SPD-Vorstandes

Positive Reaktionen zu den Plänen der SPD gibt es sowohl von der CDU als auch den Linken, die beide eine Koalition mit der SPD anstreben. (*pnn vom 23.10.2013 S. 12*)

Hier der Link zum Entwurf Leitbild der Linken. Die beschlossene Version liegt noch nicht vor, wird sich aber kaum unterscheiden.

# KSB HVL neu aufgestellt

Veröffentlicht am 22.10.2013 durch Redaktion

Nachdem sich die Kreisräte (Eltern, Lehrer, Schüler) nach den Sommerferien neu aufgestellt hatten, wurde schließlich am 22.10.2013 auch der Kreisschulbeirat (KSB) turnusmäßig neu konstituiert. Nach vier Jahren als Vorsitzender hat Wolfgang Seelbach nicht mehr kandidiert und konzentriert sich auf seine Aufgaben im Landeselternrat und Landeschulbeirat. Er wird im KSB weiterhin mitarbeiten und übernimmt den Kontakt zu den Landesgremien.

Die 20 Delegierten wählten den neuen Vorstand und legten die nächsten Termine fest:

Vorsitzende:

Antoinette Jaworowski, Kreiselternrat, Lessing-Grundschule Falkensee

stellvertretende Vorsitzende:

Mandy Buntrock, Kreislehrerrat, Rathenow

stellvertretender Vorsitzender:

Lutz Seidendorf, Kreiselternrat, Heinz-Sielmann-Oberschule Elstal

## Sprachförderung: Forderungen des Bundeselternrats

Veröffentlicht am 1.10.2013 durch Redaktion

In einer Resolution hat der Bundeselternrat Forderungen zur Sprachförderung Sek 1+2 aufgestellt.

- einheitliche bundesweite Standards bei der Feststellung der Sprachkompetenz
- individuelle Förderpläne
- Kontinuität der Maßnahmen während der Ausbildung
- Ausbildungsmodul "Deutsch als Zweitsprache" verpflichtend und bundeseinheitlich für Lehrkräfte, Erzieher(innen) und Ausbilder
- Qualifikation zur Feststellung des Sprachstandes, Spracherwerb u. a.
- praxisorientierte Forschung
- Zusammenarbeit aller Beteiligten

Bei Nachfragen für Referenten bitte an Andreas Menzel wenden: [an.menzel1@googlemail.com](mailto:an.menzel1@googlemail.com) . Er koordiniert die Zusammenarbeit von LER Brandenburg und BER.

# Fehlerkultur beim Lesen und Schreiben lernen

Veröffentlicht am 26.09.2013 durch Redaktion

In der aktuellen Diskussion über die bessere Lernmethode gibt es vom Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" und auch von Politikern der CDU Kritik an der Anlautmethode.

Der Grundschulverband schreibt zur Debatte:

"Ob es wirklich »nur« um Rechtschreiben geht und nicht doch um die ganze Richtung – dass nämlich Kinder sich entdeckend und aktiv Lersachen aneignen, statt brav dem Lehrerwort zu folgen? Dass Kinder ihren individuellen Lernweg gehen, statt im Gleichschritt mit der Klasse Lernschritt für Lernschritt zu absolvieren?"

Dass Kinder Fehler machen dürfen und aus ihnen lernen, statt der Leitvorstellung möglichst fehlerfreien Arbeitens zu folgen?"

Die Deutsche Gesellschaft für Lesen und Schreiben (DGLS) veröffentlicht ein aktuelles Konsenspapier von Prof. Brügelmann (Uni Siegen) und Prof. Eichler (Uni Oldenburg) zum Thema:

"Das Grundproblem: In der Didaktik wurden in der Vergangenheit und werden heute wieder einzelne Ansätze verabsolutiert statt unterschiedliche Zugänge zu verknüpfen."

"Für jede Methode gibt es Beispiele erfolgreichen Unterrichts. Dieser setzt allerdings voraus, dass den Lehrpersonen neben den Potenzialen des jeweiligen Ansatzes auch deren spezifische Risiken bewusst sind – und dass sie über das didaktisch-methodische Repertoire verfügen, diese aufzufangen."

[Artikel in der MOZ](#) , eine Lehrerin erklärt die Methode

[Kommentar Marion Kaufmann](#)

[Artikel über die Kritik des Landtagsabgeordneten Wichmann](#)

[MAZ 25.9.2013 mit verschiedenen Positionen](#)

[Konsenspapier Brügelmann/Eichler der DGLS](#)

[Siehe dazu den Artikel in der MAZ](#)

[Position des Grundschulverbandes](#)

[Spiegel-Artikel gegen die Anlautmethode](#)

[Interview mit Prof. Brügelmann pro Anlautmethode](#)

[Interview mit Günter Jansen contra Anlautmethode](#)

[Leserbrief zur Debatte über Lesen lernen 2013-10-12](#) (Seelbach)

[Herr Wichmann in der BILD-Zeitung](#)

# Schulküche sucht Standort

Veröffentlicht am 22.09.2013 durch Redaktion

Aktuelles zum Schulessen aus Stahnsdorf, Michendorf und anderswo:

<http://www.pnn.de/pm/788677/>

<http://www.pnn.de/pm/788680/>

<http://www.pnn.de/pm/788678/>

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Bei-Chefkoch-Lemke-gibt-s-nur-Frisches>

# Neuwahlen im KER HVL

Veröffentlicht am 18.09.2013 durch Redaktion

Am 17.9.2013 traf sich in Nauen der neue Kreiselterrat zum ersten Mal und konstituierte sich für die neue zweijährige Wahlperiode 2013/14 und 2014/15.

Gewählt wurde ein neuer Vorstand, die Eltern-Mitglieder des Kreisschulbeirates HVL und Delegierte für den Landeselterrat.

Ergebnisse der Wahlen:

Sprecher: Herr Meyer zu Natrup

Stellvertretende Sprecher: Frau Lewandowski, Frau Jaworowski, Herr Lorenz

Landeselterrat: Herr Seelbach, Herr Kwasny

Stellvertreter Landeselterrat: Herr Irrgang, Frau Falkenthal

Kreisschulbeirat: Herr Wischer, Frau Jaworowski, Frau Jelonek, Frau Bornhardt, Herr Schönthier, Frau Maiwald, Herr Seidendorf, Herr Lorenz

Stellvertreter: Herr Seelbach, Frau Falkenthal, Herr Kaltwasser, Herr Meyer zu Natrup

# Woidke: Vertretungsreserve wird von 3 auf 4,5% erhöht!

Veröffentlicht am 10.09.2013 durch Redaktion

Der Sprecher des LER erklärt dazu:

“Der neue Ministerpräsident Dietmar Woidke kündigt in seiner Regierungserklärung eine Erhöhung der Vertretungsreserve im Frühjahr 2014 um 50% an, also rechnerisch 4,5%.

Damit kommt die Regierung Forderungen aus der Eltern-, Schüler- und Lehrerschaft, sowie von Oppositionsparteien entgegen.

Der Landesrat der Eltern begrüßt dieses Vorhaben, denn die Personaldecke war in den letzten Jahren zu kurz. Unterrichtsausfall und Vertretungstunden haben immer wieder die Qualität des Unterrichts beeinträchtigt, die individuelle Förderung kam zu kurz und Fachunterricht in den MINT-Fächern konnte häufig nicht im vorgesehenen Umfang erteilt werden.

In den vergangenen Jahren hatte der LER deshalb immer wieder darauf hingewiesen, dass vorgezogene Einstellungen für Zeiten von Lehrermangel vorgenommen werden müssen.

Es wird sich zeigen, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden kann. Durch das Ausscheiden von Lehrkräften aus dem Dienst und die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung an Grund- und Oberschulen um eine Stunde müssen im kommenden Jahr ca. 1000 Lehrkräfte neu eingestellt werden. Durch die Erhöhung der Vertretungsreserve kommen noch einmal ca. 100 dazu plus Mittel für ein Personalbudget an den Schulen. Der Lehrkräftemarkt ist in Mangelfächern leergefegt, auch in anderen Bundesländern stehen Pensionierungen von Lehrern an.

Wir hoffen, dass diese Maßnahmen jetzt nicht zu spät kommen und wünschen dem Ministerium bei der Einstellungswelle viel Erfolg!

Die Ankündigung Woidkes im Text der Regierungserklärung:

“... Wir haben rund 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – fast doppelt so viele wie wir 2009 zugesagt haben. Das bringt frischen Wind in die Klassenzimmer und in die Lehrerzimmer, davon profitieren wir alle.

- In diesem Zusammenhang sage ich hier klipp und klar: Meine Regierung wird für eine weitere Verbesserung an unseren Schulen sorgen. Wir erhöhen die Vertretungsreserve bei den Lehrern ab dem Frühjahr 2014 um 50 %, ohne dass es Abstriche an der Konsolidierung des Haushaltes gibt. Damit werden die Schulen Unterrichtsausfall schneller und besser begegnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Das bedeutet 10 Millionen ab dem Früh-jahr 2014 zusätzlich für Bildung in unserem Land. ... ”

Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landesrates der Eltern (LER)”

*Regierungserklärung*

*PM des Ministeriums vom 13.11.2013*

MAZ-Artikel

CDU und Grüne in der pnn:

“CDU-Bildungsexperte Gordon Hoffmann sagte, dass die Landesregierung nun einen CDU-Vorschlag aufgreife, sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, „aber immer noch zu wenig und spät“. Zehn Millionen Euro für die Vertretungsreserve seien ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ähnlich äußerte sich Grünen-Bildungsexpertin Marie Luise von Halem. Wunder bei der Absenkung des Unterrichtsausfalls seien von den zusätzlichen Geldern nicht zu erwarten. Zudem sei offen, ob es sich nur um vorgezogene Einstellungen handelt. Auch das Vertretungsbudget an den Schulen begrüßte von Halem, sagte aber: „Die Erfahrung mit einem solchen Vertretungsbudget zeigt aber, dass es selbst in Speckgürtelgemeinden wie Kleinmachnow und Potsdam erhebliche Probleme bereitet hat, im Vertretungsfall tatsächlich fachlich adäquat ausgebildete Personen zu finden, die zu den entsprechenden Uhrzeiten zur Verfügung standen.“ In dünn besiedelten ländlichen Regionen dürften die Probleme erheblich größer sein, kurzzeitig Vertretungslehrer zu finden.”

## Inklusion in der Zeebra-Grundschule

Veröffentlicht am 7.09.2013 durch Redaktion

Die MAZ schreibt über den Vorbildcharakter der Pilot-Inklusionsschule aus Anlass des Besuchs der Bildungsministerin.

# Rüdersdorf: Eltern kämpfen um Erhalt der 3. Grundschule

Veröffentlicht am 29.08.2013 durch Redaktion

Die Gemeinde will die 3. Grundschule in Rüdersdorf schließen. Eltern wehren sich. Die Gründe:

“Einzige Grundschule mit Ganztagsbetrieb im Ortsteil Rüdersdorf; sehr gutes Ergebnis bei der Schulvisitation; 0,2 Prozent Stundenausfallquote; enge Zusammenarbeit innerhalb des Lehrerkollegiums und vertrauensvolle Arbeit mit Schülern und Eltern; hohes Übergangsverhalten von Klasse 6 zu 7 an Gymnasien (40 Prozent)”

*Quelle: Artikel in der MOZ 29.8.*

*Artikel in der MOZ 12.8.*

# Hausaufgaben abschaffen?

Veröffentlicht am 8.08.2013 durch Redaktion

## *Übernahme vom LER*

Eine neue Debatte über Hausaufgaben wird von der anerkannten Sozialforscherin Jutta Almendinger ausgelöst und in der MAZ vom 5.8.2013 als Leitartikel groß in Szene gesetzt. Almendinger wolle alle Hausarbeiten abschaffen, da Hausaufgaben alten Stils soziale Ungleichheit zementiere. Kinder, deren Eltern nicht helfen könnten, seien benachteiligt. Voraussetzung sei der Ausbau der Ganztagschulen.

Politiker werden mit unterschiedlichen Ansichten zitiert. Torsten Krause (Linke) will Hausaufgaben weitgehend auf Vokabel lernen einschränken, Marie Luise von Halem (Grüne) verweist auf die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom Elternhaus und plädiert dafür, dass die Aufgaben in der Schule erledigt werden. Für Gordon Hoffmann (CDU) hingegen haben sich Hausaufgaben als ein wichtiges Kontrollinstrument bewährt und Andreas Büttner (FDP) warnt davor, Kinder zu "pampern" und betont das selbständige Erarbeiten.

Günter Fuchs, GEW, sieht das "klassische Konzept, eine Aufgabe für alle Schüler einer Klasse", als nicht mehr zeitgemäß an. Wolfgang Seelbach, Sprecher des LER, wird damit zitiert, dass das vom Schultyp abhängige, "ob und wie viele Aufgaben Kinder bekommen" sollten.

Dazu erklärt der Sprecher des Landesrates der Eltern, Wolfgang Seelbach:

"Hausaufgaben sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Eltern und Schülern. Über die Kontrolle und ggf. Begleitung erhalten Eltern einen konkreten Einblick in das Unterrichtsgeschehen. Außerdem können Hausaufgaben das selbständige Arbeiten verbessern. Eine generelle Abschaffung ist deshalb abzulehnen. Allerdings sollten Hausaufgaben so gestellt werden, dass sie von möglichst allen Schülerinnen und Schülern auch bewältigt werden können. In der Regel sollte das Vertiefen und Festigen des Unterrichtsstoffes im Vordergrund stehen. Aber warum soll es nicht auch Erkundungsaufträge geben, die abwechslungsreich sind und Spaß machen? Hausaufgaben müssen auch nicht immer für alle gleich sein. Auch beim "Üben" gibt es verschiedene Schwierigkeitsstufen und Varianten.

Es gibt aber immer wieder Situationen, in denen die Lernenden mit Hausaufgaben überfordert sind, teils weil sie noch nicht selbständig genug sind oder die häuslichen Verhältnisse ungünstig sind. Für Familien mit Transferleistungen besteht hier die Möglichkeit, das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen.

Bessere Lösungen können Ganztagschulen anbieten. 'Haus'aufgaben werden unter Betreuung im Mittagsband oder nachmittags erledigt. Wichtig ist hier eine gute Kooperation von Lehrkräften und Erziehern, damit die Kinder dann auch alles in der Schulzeit schaffen. Deshalb benötigen wir ein flächendeckendes Ganztagsangebot. Dass in den letzten Jahren in der Elternschaft die Nachfrage nach Gesamtschulen so stark gestiegen ist, liegt auch daran, dass das Ganztagsangebot an Gesamtschulen viele Eltern und Kinder überzeugt hat. Das VHG-Konzept (Verlässliche Halbtagsgrundschule) an Grundschulen bietet nur einen eingeschränkten Ganztags und auch an den Oberschulen ist häufig mehr Verbindlichkeit gefordert."

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Lehrer-und-Politiker-wollen-Hausaufgaben-abschaffen>

Wolfgang Seelbach



# Opposition attackiert Bildungsressort

Veröffentlicht am 8.08.2013 durch Redaktion

*Übernahme von der Homepage des LER*

“Bildungsressort Totalausfall”: Opposition im Wahlkampfmodus

Der Rücktritt von Matthias Platzeck führt zu ungewöhnlich harten Angriffen aus der Opposition. Die drei Parteien verzichten darauf, die Ära Platzeck mit konkreten positiven Beispielen zu würdigen und ziehen eine negative Bilanz. CDU, FDP und Grüne setzen unterschiedliche thematische Schwerpunkte, allein Bildung ist das einzige Thema, das alle drei ins Zentrum rücken.

Die FDP bezeichnet das Bildungsressort unter Martina Münch als “Totalausfall” und rechnet vor, dass sich durch weniger Lehrkräfte unter dem Strich die Situation verschärft. Eine Begründung für den Vorwurf des Totalausfalls wurde nicht gegeben, auch nicht zu der drastischen Wortwahl.

Die Grünen greifen die Bildungspolitik an, weil “kaum messbare Erfolge zu verzeichnen sind”. Zu den seit einem Jahr existierenden 84 Pilotschulen Inklusion, die die Grünen 2011/12 maßgeblich mitkonzipiert hatten, gab es keine Stellungnahme. In rbb aktuell ist von “maroden Bildungslandschaften” und “Baustellen” die Rede.

Die CDU beklagt in rbb aktuell die vielen “Baustellen” sieht “Licht und Schatten” und erklärt: “Schüler, Eltern und Lehrer im Land leiden unter der schlechten Bildungspolitik.” Eine Erläuterung, welche Baustellen vermeidbar bzw. nicht vermeidbar sind, blieb aus.

In der Diskussion über Neueinstellungen stellte Andreas Büttner, FDP, die 799 Personen, die ausscheiden, den 550 Einstellungen gegenüber (radio eins 5.8.2013 7:38h) und unterstellt eine Verschlechterung der Versorgung. Gerrit Große, Linke, stellt klar, woher der Unterschied kommt: Viele Lehrkräfte, die ausscheiden, sind Teilzeitkräfte. Das MBS hatte Ende Juli die Zahlen zu den Neueinstellungen bekannt gegeben. Die Einstellung von 550 neuen Lehrkräften war nötig geworden, um den Weggang insbesondere von Pensionären auszugleichen. Obwohl sich die Schüler- Lehrerrelation nach den Aussagen des MBS nicht ändert, wurde die Einstellungen auf der Homepage als “Einstellungsrekord” bezeichnet.

Hier eine Klarstellung der Pressestelle des MBS auf Nachfrage des LER-Sprechers, ergänzend zur Mitteilung des Ministeriums (<http://www.mbs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.337104.de>) „Von den 466 neu eingestellten Lehrkräften sind 330 unbefristete Neueinstellungen. 448 sind VZE, die restlichen 18 Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit. Insgesamt arbeiten ca. 95% aller neu eingestellten Lehrkräfte in Vollzeit, so dass die 550 neu eingestellten Lehrkräfte ca. 530 VZE entsprechen.“

Der Sprecher des LER, Wolfgang Seelbach, zeigt sich darüber enttäuscht, dass es in Vorwahlkampfzeiten den Parteien offenbar nicht möglich ist, einen sprachlich angemessenen und sachlichen Umgang zu pflegen. Aus Sicht des LER gebe es durchaus Erfolge, die gewürdigt werden sollten, aber auch Defizite, wie auf der Homepage des LER nachzulesen sei. Viele Baustellen, wie z.B. die Anpassung der Sozialgesetzgebung an die Ratifizierung der UN-Konvention 2009, sind dringend erforderlich, die Probleme hätten schon früher angepackt werden müssen.

# Initiative für mehr Partizipation von Kindern

Veröffentlicht am 5.08.2013 durch Redaktion

Aufruf zu einer Initiative:

„GIB KINDERN EINE STIMME!“

Eine Initiative für Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Havelland

Viele Eltern pochen schon lange nicht mehr auf Gehorsam und Disziplin und versuchen neue Wege zu gehen. Die Gesellschaft ist im Wandel – warum die Bildungseinrichtungen dann nicht auch?

Sind Sie als Eltern auch der Meinung, dass der Ton gegenüber Kindern oft unangemessen ist?

Sind Sie selber ErzieherIn oder LehrerIn und wollen lieber andere Wege gehen?

Bist Du selber Schüler oder Schülerin und hast das Gefühl, dass niemand Dich nach deiner Meinung fragt?

Gerade bei Unzufriedenheit und „unangemessenem“ Verhalten brauchen junge Menschen uns Erwachsene, dass wir sie mit ihrem Befinden wahrnehmen, anerkennen und dann gemeinsam mit ihnen Worte suchen für ihre Anliegen. Kinder sollten ermutigt werden, zu lernen wie sie gut für sich selber sorgen können.

Machen Sie mit und lassen Sie uns gemeinsam neue Wege gehen!!!

AUFTAKTVERANSTALTUNG:

21. August 2013, 18.00 Uhr. Märkischer Künstlerhof, Platz des Friedens, Brieselang

„GIB KINDERN EINE STIMME“

Was wir machen wollen:

1. Anlaufstelle: vorerst nur Telefonisch oder per Mail.

Alle Fragen, oder Anliegen werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

2. Wir wollen Treffen organisieren, wo alle Beteiligten eine Möglichkeit bekommen, Erfahrungen auszutauschen.

Es soll ein Ort des Lernens, einander Verstehens und gegenseitig Unterstützens werden.

3. Infoveranstaltungen zu Themen wie: Mobbing in der Schule, Drogen, Gewalt, Schulverweigerung, Vorurteile gegenüber Kindern und Jugendlichen, Lernen ohne Angst... Dazu können wir Referenten einladen, Filme zeigen, Bücher vorstellen....

4. gemeinsam auf die Straße gehen für ein neues Bildungssystem!

Ansprechpartnerin: Corine 't Hart Tel. 0151 170 72 160

[gib-kindern-eine-stimme@gmx.de](mailto:gib-kindern-eine-stimme@gmx.de)

V.i.S.d.P. Corine 't Hart"

# Bertelsmann-Stiftung fordert mehr Ganzttag.

Veröffentlicht am 4.08.2013 durch Redaktion

Am 4.8.2013 hat die Bertelsmann-Stiftung eine umfassende Studie zur Ganztagsbeschulung herausgegeben. Fazit vom Vorsitzenden Herrn Dräger:

“Ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ist der entscheidende Hebel für eine staatliche Investitionsoffensive. Dann müssten die Länder das konzeptionelle Vakuum füllen und gemeinsame Qualitätsstandards erarbeiten, damit die Ganztagschule ihre Potenziale auch entfalten kann.”

[Hier der Link zur aktuellen Studie](#)

## 550 neue Lehrkräfte in Brandenburg

Veröffentlicht am 1.08.2013 durch Redaktion

Die Neueinstellung von 550 Lehrkräften wird vom Ministerium als “Einstellungsrekord” gefeiert, der Landesrat der Eltern und Lehrerverbände weisen darauf hin, dass es sich um Ersatzeinstellungen handelt. An der statistischen Personalversorgung ändert sich nichts, allerdings verjüngt sich der Lehrkräftebestand.

[Informationen der Ministerin](#)

[Artikel in der MAZ](#)

PM des Landesrates der Eltern: [2013 07 31 PM Neueinstellungen](#)

## Gremien: Termine der Neukonstituierung

Veröffentlicht am 26.07.2013 durch Redaktion

Wie alle zwei Jahre konstituieren sich nach Beginn des Schuljahres die Mitwirkungsgremien neu. Die Klassenelternversammlungen und Elternkonferenzen werden im August/September von den Klassenlehrkräften bzw. Schulleitungen einberufen.

### **Hier eine grafische Übersicht über die Mitwirkung**

Die Einladung für die Kreisräte erfolgt durch das Staatliche Schulamt.

Für den Kreiselternrat HVL ist der 17.9. und für den Kreisschulbeirat HVL der 22.10. geplant.

Der Landeselternrat arbeitet zunächst in der alten Besetzung weiter (nächste Sitzung 31.8.) und wird dann am 26.10. Oktober neu konstituiert, der Landeschulbeirat am 2.11.

Hier nochmal in einer Übersicht die geplanten Termine der Neukonstituierung:

**KER HVL 17.09.2013 18h OSZ in Nauen**

**KSB HVL 22.10.2013 18h OSZ in Nauen**

**LER 26.10.2013 10h Ministerium in Potsdam**

**LSB 02.11.2013 10h Ministerium in Potsdam**

Wolfgang Seelbach

## Besseres Deutsch durch Kita-Besuch

Veröffentlicht am 23.07.2013 durch Redaktion

Migrantenkinder in Berlin profitieren hinsichtlich der Deutschkenntnisse vom Kita-Besuch. Ein Besuch von mehr als 2 Jahren führt bei 75% zu guten Deutschkenntnissen, geringer Besuch von weniger als 6 Monaten nur bei 27%.

Pressemitteilung der Senatsverwaltung Gesundheit

In der Folge gibt es eine Diskussion über verbindliche Kita-Jahre bzw. die (Wieder-)Einführung der Vorschule.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/cdu-will-rueckkehr-zu-frueherem-modell-vorschule-statt-kitapflicht/8555900.html#Kommentare>

## “Die Baustellen der Martina Münch”

Veröffentlicht am 20.07.2013 durch Redaktion

Unsere Bildungsministerin hat es nicht leicht. Gut ein Jahr vor der Landtagswahl benennt die MAZ die Problemfelder:

Unterrichtsausfall - wenig Geld für Klassenfahrten – Inklusion – Haasenburg – gemeinsames Abi

[hier der Artikel aus der MAZ](#)

## Lehrergehälter: “Jedes Bundesland macht, was es will!”

Veröffentlicht am 15.07.2013 durch Redaktion

Das Chaos bei den unterschiedlichen Lehrergehältern in den Bundesländern nimmt seinen Lauf.

Absprachen sind kaum noch erkennbar. Während Berlin die Gehälter jahrelang festgefroren hatte und nun langsam wieder an die allgemeine Entwicklung anpasst (ca. 15% Abstand zu Bayern), erhöht NRW die A12-Gehälter (z.B. für Grundschullehrkräfte) nur um 1% und verordnet für die Besoldungsgruppe A13 (z.B. Gymnasiallehrkräfte und Sonderpädagogen) Nullrunden für die nächsten 2 Jahre.

[siehe dazu auch den Tagesspiegel](#)  
[ausgewählte Beispiele für unterschiedliche Gehälter](#)

## Haasenburg: Interview mit geflüchteten Jugendlichen

Veröffentlicht am 13.07.2013 durch Redaktion

In der taz bekräftigt ein geflüchteter Jugendlicher die Vorwürfe gegen die Heime.

[Hier das Interview in der taz](#)

# G8 und Ganzttag kein Grund für weniger Sport?

Veröffentlicht am 30.06.2013 durch Redaktion

Sowohl die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe von drei auf zwei Jahre ("G8") als auch der gebundene Ganzttag wird häufig als Ursache für den Mitgliederschwund in Sportvereinen und für eine vermutete Reduzierung der sportlichen Freizeitaktivitäten genannt. Neue Studien kommen zu ganz anderen Ergebnissen oder relativieren zumindest diese Wahrnehmung.

Das verkürzte Turbo-Abi hat keinen Einfluss auf den Mitgliederschwund bei Sportvereinen. Das ist das Ergebnis einer Studie von Prof. Dr. Robert Prohl, die er im Auftrag des Landessportbunds Hessen durchführte.

Die Studie bestätigt zwar, dass G8 mehr Stress in der Schule verursacht, doch wirkt sich das offenbar nicht auf das Sportverhalten der SchülerInnen aus: G8-SchülerInnen sind deutlich mehr in Sportvereinen aktiv als G9-SchülerInnen.

Dieses überraschende Ergebnis liegt möglicherweise daran, dass G8-SchülerInnen insgesamt strukturierter sind und eine bildungsnähere Herkunft haben. Jugendliche mit diesen Eigenschaften sind auch mehr in Sportvereinen anzutreffen. Genauer kann man erst sagen, wenn man weiß, welche Sportarten von den SchülerInnen betrieben werden.

Ähnliches gilt auch für den Ganzttag. SchülerInnen, die im Ganzttag Sportangebote nutzen, sind zu 81% auch in Sportvereinen aktiv.

Das Vorurteil, G8 und Ganzttag seien für den Mitgliederschwund in Sportvereinen verantwortlich, ist damit nicht aufrecht zu erhalten.

Der Ganzttag sollte nach Dr. Robert Prohl übrigens nicht überstrukturiert sein. Die Schule sei schon sehr strukturiert, da sollte man den Ganzttag eher rhythmisieren und mehr Nischen für Jugendkultur schaffen.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/sport/2160447/>

# GEW fordert Reform der Lehrerbildung

Veröffentlicht am 27.06.2013 durch Redaktion

Auf ihrem Verbandstag beschloss die Lehrgewerkschaft GEW einen Katalog von Maßnahmen zur Reform der Lehrerbildung. Hier einige ausgewählte Forderungen:

- "kritisch-konstruktive Auseinandersetzung" statt "Training von Handlungs-routinen"
- "Recht auf ein Masterstudium an ihrer Hochschule ohne Wartezeiten" für alle Bachelor-Absolvent\_innen
- Lehrer\_innenbildung nicht an den Schulformen sondern an den Schulstufen ausrichten
- "bessere Verzahnung sowohl von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Anteilen, als auch von theoretischen und berufspraktischen Anteilen der Lehrer\_innenbildung, sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium"
- gutachterliche Prüfung der "Vor- und Nachteile einer einphasigen Lehrer\_innenausbildung (Zusammenlegung Erste und Zweite Phase)"

# Chancenspiegel: Abiturquote in BRB sinkt

Veröffentlicht am 24.06.2013 durch Redaktion

Der Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung weist einen Rückgang der **Abiturquote** von 49,3% 2009 auf **46,6%** 2011 aus. Brandenburg liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 51,1%.  
Ganztagsquote:

Der Anteil der Lernenden im Ganztags hat von 42,5 2009 auf 45,6 2010 zugenommen und liegt nach bisher unbestätigten Berichten inzwischen bei ca. 50%.

Hier finden sie die einzelnen [Ergebnisse des Chancenspiegel](#) für Brandenburg.

## Zentralabi "light" ab 2017

Veröffentlicht am 22.06.2013 durch Redaktion

Die KMK hat gestern beschlossen, einen gemeinsamen Aufgabenpool für das Abitur zu erstellen, der ab 2017 eingesetzt wird. Grundlage der Aufgaben sind die schon letztes Jahr beschlossenen Bildungsstandards. Das erhöht Transparenz und Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland.

[PM der KMK](#)

[Bildungsstandards](#)

[TAZ zu unterschiedlichen Abiturbedingungen in den Bundesländern](#)

## 1 Jahr Pilotschulen Inklusion: Erste Bestandsaufnahmen

Veröffentlicht am 13.06.2013 durch Redaktion

Das Bildungsministerium veröffentlicht einen aktuellen Bericht zum Stand der Arbeit der Pilotschulen Inklusion. Erste wissenschaftliche Ergebnisse sind im Herbst zu erwarten.

Hier nochmal der Link als Text: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.331586.de>

Artikel in der MAZ

Presseinfo des Ministeriums vom 13.6.2013

Hier die Position der GEW als Link

Position der GEW als PDF-Datei: 2013 06 11 PM GEW zu Pilotsch Inklusion

PM B90/Grüne zu Pilotschulen Inklusion

Landeselternrat: "Der Landesrat der Eltern (LER) wird sich auf der Oktobersitzung mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung beschäftigen. Die bisherigen Rückmeldungen sind sehr unterschiedlich. Mehreren Pilotschulen bescheinigen die Elternvertreter(innen) einen guten Start. An anderen Schulen ist angesichts der knappen personellen Ausstattung und Krankheitsausfällen an einer Umsetzung des Inklusionskonzeptes nicht zu denken. Darauf haben die Vertreter des LER dem Ministerium gegenüber mehrmals hingewiesen, so auch auf dem Runden Tisch Inklusion. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz von Sonderpädagogen im Vertretungsunterricht, sondern auch darum, dass durch Zusammenlegung von Klassen, Vertretungslehreinsatz und anderen Maßnahmen die Voraussetzungen für individuelle Förderung dann nicht mehr gegeben sind. Davon unabhängig verweisen Lehrkräfte vor Ort darauf, dass es beim Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung ("Verhaltensauffällige") nach wie vor häufig noch große Probleme gibt."

# Inklusion: Leserbrief eines Bildungswissenschaftlers

Veröffentlicht am 12.06.2013 durch Redaktion

„Inklusion ist nicht nur ein Thema der Schule, sondern ein Thema der Gesellschaft

Marion Kaufmann legt in Ihrem Artikel „Hortbesuch mit Hindernissen“ in der MAZ vom 30. Mai und in ihrem Kommentar vom gleichen Tag den Finger zu Recht in eine nicht erst seit gestern klaffende Wunde brandenburgischer Bildungs- und Sozialpolitik. Mit unbestreitbarem Engagement für die Durchsetzung der Inklusion in der Schule ist Martina Münch Anfang 2011 in das Bildungsministerium gewechselt. Es geht dabei auch um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Deutschland unterzeichnet hat. Sie ist im Bildungswesen der deutschsprachigen Länder auch deshalb besonders schwer umzusetzen, weil man hier seit je her auf ein nach vermeintlichen Begabungen sortierendes Schulsystem gesetzt hat. Inklusion bedeutet, man muss sich von der Fiktion der Homogenität einer Schulklasse verabschieden.

Dass die Inklusion in der Schule nun mühsam genug voran gebracht werden soll ist zweifellos ein Fortschritt aber es ist nur ein Schritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Grund von besonderen Bedürfnissen von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Dass diese Ausgrenzung schon im Nachmittagsbereich der Schule beginnt und ja nicht nur die Kinder trifft, sondern auch deren Eltern, die nur eingeschränkt in ihrem Beruf arbeiten können und noch dazu weithin die Kosten des Hortaufenthalts ihrer Kinder selbst tragen sollen, ist in der Tat absurd. Übersehen wird in der Diskussion weithin, dass die UN-Konvention sich nicht nur auf die Schule bezieht, sondern auf die gesamte Gesellschaft. Lediglich der Artikel 24 von insgesamt 50 Artikeln bezieht sich auf die Bildung. Die inklusive Schule weckt falsche Hoffnungen, wenn sie nicht in eine inklusive Gesellschaft eingebettet ist. Die Schule kann auch hier das Problem nicht für uns Erwachsene lösen. Dass die Ausgrenzung, wo sie in der Schule gelingt, schon wieder im Hort beginnt, zeigt wie dringend es ist, endlich gangbare Lösungen zu finden. Schließlich ist die UN-Konvention in Deutschland bereits am 26. März 2009 in Kraft getreten. Beispiele wie Inklusion ein Thema einer ganzen Kommune wird, findet man nicht nur in Finnland oder Norwegen, sondern z.B. auch in Österreich in Wiener Neudorf.

Henning Schluß ist Bildungswissenschaftler an der Universität Wien und lebt in Oranienburg und Wien“

*veröffentlicht in der MAZ vom 12.6.2013*

## Referendarplätze in Berlin: von 500 auf 2700!

Veröffentlicht am 12.06.2013 durch Redaktion

Das Land Berlin will nach Presseberichten die Anzahl der Referendarplätze von 500 auf 2700 erhöhen und in den nächsten 2 Jahren 500 neue Stellen schaffen. Damit soll der drohenden Lehrkräfteknappheit entgegengewirkt werden. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Schülerzahlen bisher zu niedrig angesetzt waren.

[Artikel in der MoPo](#)

# Oberlin lässt Förderschulen in Kleinmachnow hoffen

Veröffentlicht am 11.06.2013 durch Redaktion

Die Förderschulen in Kleinmachnow haben nur noch geringe Anmeldungen. Die Albert-Schweitzer-Schule für Förderbedarf geistige Entwicklung liegt mit neun Kindern deutlich unter dem Minimum von 24 und auch der Lernbehindertenschule droht die Schließung.

Da der Kreistag Potsdam-Mittelmark das Angebot aber erhalten will, wird nach Prüfung von Alternativen eine Übernahme durch die Oberlinschule, einem bekannten feien Träger, gewünscht.

[Artikel in der pnn vom 11.6.2013](#) und [vom 15.3.2013](#)

## KER LOS startet Petition für mehr Lehrkräfte

Veröffentlicht am 7.06.2013 durch Redaktion

Der Kreiselternrat des Landkreises Oder Spree verweist auf hohen Unterrichtsausfall und fordert Maßnahmen wie die Senkung der Klassenfrequenzen und mehr Vertretungsreserve. In einer Petition an den Landtag sind die Ziele formuliert:

Hier der Bericht in der MOZ vom 6.6.2013

Hier der Originaltext der Petition:

### **"Petition wegen des viel zu hohen Unterrichtsausfalls an den Schulen im Land Brandenburg**

Sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses,

wir, der Kreiselternrat des Landkreises Oder-Spree, reichen hiermit eine Petition ein.

Das Land Brandenburg kommt seinem Erziehungs- und Bildungsauftrag nicht mehr nach.

Dies stellt sich in folgenden Punkten dar:

- Der Unterrichtsausfall liegt derzeit real bei ca. 10 %! (s. Auswertung im Anhang)
- Langzeitkranke Lehrer werden nicht ersetzt. Die Vertretungsreserve wird von den langzeitkranken Lehrern, die es an jeder Schule gibt, schon aufgezehrt.
- Der Unterricht in einzelnen Fächern fällt nicht selten komplett für ganze Schuljahre aus. (Beispiel Physik Jahrgangsstufe 6, [Name ist dem Petitionsausschuss bekannt]) bzw. ganze Klassen haben tageweise gar keinen Unterricht (Klassen 1 / 2 und Klasse 3, [Name ist dem Petitionsausschuss bekannt])
- Die Schulämter reagieren auf An- und Nachfragen der Schulleiter und der Eltern abweisend, verträsten oder schicken ungeeignetes Personal.  
(Beispiel [Name ist dem Petitionsausschuss bekannt])
- Es gibt zu wenig Fachlehrer. Das Wahlversprechen der Regierungskoalition, 1000 Lehrer zusätzlich neu einzustellen, wurde nicht eingelöst.
- Mit bis zu 28 Kindern pro Klasse ist die Klassenfrequenz eindeutig zu hoch. Kinder mit Lernbeeinträchtigungen und Verhaltensauffälligkeiten, die einer besonderen Betreuung bedürfen gibt es mittlerweile in fast jeder Klasse. Diese können in einem Klassenverband von 28 Kindern nicht einmal ansatzweise aufgefangen werden.

(Uns ist ein Beispiel bekannt, wo in einer Klasse von 28 Kindern zwölf Kinder mit nachgewiesenen



Beeinträchtigungen lernen. Ein geregelter Unterricht war in dieser Klasse über Monate hinweg unmöglich. Erst der zusätzliche engagierte Einsatz zweier Sozialarbeiter der Kommune konnte das Problem lindern. Das Schulamt half nicht!)

Die genannten Beispiele sind keine Einzelfälle, sondern eher die Regel. Bitte finden Sie als Anlage Kopien zum Schriftverkehr mit dem Schulamt in Frankfurt (Oder).

Wir fordern Sie auf, obige Missstände zu beseitigen, indem neue Lehrer eingestellt werden.

Die Vertretungsproblematik bei langzeitkranken Lehrern muss einer Lösung zugeführt und die Klassenfrequenzen auf den Standard von 23 – 25 Kindern reduziert werden.

Als Fakten, die einen Beitrag zur Ermittlung und Beseitigung der Ursachen des Problems leisten können, möchten wir folgende Feststellungen benennen:

1. Die Schulen haben ihre Kompensationsmöglichkeiten voll ausgeschöpft.
2. Die Schulämter können und wollen keine weiteren Lehrer bereitstellen, weil sie vermutlich auch keine Reserven mehr haben.
3. Das Bildungsministerium ist die Behörde, die Abhilfe schaffen muss, indem mehr Lehrer eingestellt werden. Es ist aber der Meinung, dass es nichts dergleichen tun muss. (s. Pressemitteilung von Frau Münch in der Anlage)
4. Das Finanzministerium drängt auf Kürzung der Mittel, obwohl mehr Mittel bereitgestellt werden müssen.
5. Die Mehrheit im Parlament ist entweder nicht richtig informiert oder nimmt diese Situation hin.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift"

## KSB HVL: ALLE Schulfahrten erstatten!

Veröffentlicht am 5.06.2013 durch Redaktion

Der Kreisschulbeirat Havelland hat auf seiner Sitzung am 4.6.2013 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Das Ministerium wird aufgefordert, für die Reisekostenerstattung der Lehrkräfte für alle Fahrten, die nach der VV Schulfahrten durchgeführt werden, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Begründung:

Die Aufstockung der Mittel von 150.000 auf 500.000 Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber voraussichtlich nicht reichen. Die VV Schulfahrten legt klare Kriterien für Schulfahrten fest, die eine Erstattung der Reisekosten für die Lehrkräfte gerechtfertigt erscheinen lässt.

Auslöser der aktuellen Debatte war ein Gerichtsurteil, dazu hier mehr .

Siehe auch Artikel im BraWo.

# KSB HVL fordert mehr Schulsozialarbeit!

Veröffentlicht am 5.06.2013 durch Redaktion

Der Kreisschulbeirat Havelland hat auf seiner Sitzung am 4.6.2013 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Schulsozialarbeit

a) „Der KSB HVL fordert Kreise, Land und Bund auf, für die Weiterfinanzierung der am Jahresende auslaufenden Mittel für Schulsozialarbeit, die nach dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden, zu sorgen. Dabei sind alle Kreise zu unterstützen, unabhängig davon, wie die Mittel verwendet wurden.“

b) „Jede Schule sollte mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten.“

Begründung:

zu a) Die Mittel für Schulsozialarbeit, die nach dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden, laufen am Jahresende aus. Im Havelland betrifft das 17 Stellen. Es gibt aber weiterhin Bedarf, wie die Auslastung zeigt. Die Kreise, die befristete Stelleneingerichtet haben, sollen die Möglichkeit erhalten, diese weiterzuführen, die anderen Kreise sollen aber nicht benachteiligt werden und entsprechende Mittel weiterhin zur Verfügung haben.

zu b) Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass an allen Schulen Bedarf an Schulsozialarbeit besteht.

# Linke will mehr in Bildung investieren.

Veröffentlicht am 3.06.2013 durch Redaktion

Linke-Spitzenkandidat Christian Görke stellt in einem Interview mit der pnn Bildung als einen wichtigen Schwerpunkt für die nächste Wahlperiode vor. Während in anderen Bereichen eingespart werden müsse, will die Linke für neue Lehrkräfte und für Inklusion mehr Geld ausgeben. Darüberhinaus soll die Einführung der Gemeinschaftsschule das Lernen von 1-12 in einer Schule ermöglichen.

Damit hat sich die Linke als zweite Partei nach der CDU auf mehr Geld für die Bildung festgelegt. Die CDU-Fraktion hatte im November in ihrer Fraktionszeitung verkündet, die Vertretungsreserve von 3 auf 6% erhöhen zu wollen und dementsprechend mehr Lehrkräfte einzustellen. Dafür will sie ca. 35 Millionen mehr im Haushalt bereit stellen.

Hier das Interview

Artikel in der pnn

# Maisitzung des KER HVL

Veröffentlicht am 30.05.2013 durch Redaktion

Der Kreiselternrat Havelland traf sich am 28.5.2013 zur letzten ordentlichen Sitzung in der Wahlperiode 2011/13.

Die Mitglieder ließen sich über das Konzept des Klassenrates informieren und waren sich darin einig, dass der Klassenrat ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Kommunikation in der Klasse und zur Demokratieerziehung ist.

Neben dem Schwerpunktthema "Klassenrat" wurden auch aktuelle Bildungsthemen diskutiert:

Reisekosten bei Klassenfahrten

Der KER HVL fordert, dass die Reisekosten der Lehrkräfte bei allen Klassenfahrten erstattet werden.

Schulsozialarbeit

Im Havelland laufen Ende 2013 16 Stellen in der Schulsozialarbeit aus, die vom Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden. Der KER HVL fordert die Weiterführung der Stellen, da offensichtlich Bedarf besteht.

Zur Anzahl der neuen Klassen in den weiterführenden Schulen siehe

<http://www.bildungsverteiler.de/2013/03/anmeldungen-fur-die-siebten-klassen-im-osthavelland/>

Am Dienstag, 4.6. trifft sich der Kreisschulbeirat.

# LINKE Potsdam diskutiert Bildungspolitik

Veröffentlicht am 25.05.2013 durch Redaktion

Auf einer Veranstaltung in Potsdam am 23.5.2013 diskutieren Mitglieder und Abgeordnete der Partei DIE LINKE mit Bildungsinteressierten, u.a. auch dem Landeselternsprecher, grundlegende und aktuelle Themen zur Bildungspolitik. Eingeladen hat der Ortsverband Potsdam-West.

Wichtige Themen der Diskussion sind Bildungsföderalismus, Finanzierung, Schulstruktur und Inklusion

## → Bildungsföderalismus

Für Norbert Müller, Direktkandidat der Linken für den Bundestag, ist die föderale Struktur der Bildung ein Relikt der Kaiserzeit und müsse strategisch überwunden werden. Er hält aber die Zeit dafür noch nicht gekommen, denn eine Zentralisierung auf Bundesebene würde den Ländern Freiräume nehmen und vermutlich ein System nach dem Vorbild Bayerns und Baden-Württembergs etablieren, was er ablehnt.

Wolfgang Seelbach, Landeselternsprecher, verweist darauf, dass in der alten Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg unter dem Eindruck der gerade überwundenen Diktatur Polizei und Bildung bewusst dezentralisiert in die Hände der Länder gelegt worden sei. Die DDR sei einen anderen Weg gegangen und habe ein zentralisiertes Bildungssystem etabliert. Mit der Vereinigung sind in den Ost-Bundesländern weitgehend die westlichen Strukturen übernommen worden. Er hält es für legitim, das heute neu zu diskutieren. Insbesondere Eltern, die auf berufliche Mobilität angewiesen sind, fordern eine bessere Abstimmung der Schulen und Bundesländer. Hier ist vor allem erst mal die KMK (Kultusministerkonferenz) in der Verantwortung, das umzusetzen. Außerdem wird zu wenig über den bisherigen Stand der Abstimmungsprozesse informiert. Die Forderung nach mehr Einheitlichkeit steht allerdings im Widerspruch zu der gewünschten Profilierung und Autonomie der Schulen. Die Unterschiede zwischen den Gymnasien innerhalb einer Region sind teilweise größer als die zwischen Bundesländern. Es gibt Stimmen in der Elternschaft, die die Abschaffung des Bildungsföderalismus fordern, so z. B. der Kreiselternrat MOL.

### → Finanzierung der Bildung.

Stefan Wollenberg, Mitglied der SVV Potsdam, erläutert den großen Bedarf an weiterem Ausbau der Schulen in der Stadt. Er hält aber die finanziellen Möglichkeiten in Potsdam für ausgereizt und erwartet für die schnell wachsende Region Unterstützung.

Wolfgang Seelbach betont in diesem Zusammenhang, dass der immer wiederkehrende Streit zwischen Kommunen und Land zu Verdrossenheit in der Elternschaft führt. Für den Landeselternrat ist es zweitrangig, **wie** die Finanzierung verbessert wird, Hauptsache ist, **dass** überhaupt etwas passiert und die Politiker ihrer Verantwortung entsprechend das regeln.

Gerrit Große, MdL, verweist auf den enormen Einstellungsbedarf von Lehrkräften, 2015 müssen über 1.000 Stellen neu besetzt werden. In der Vergangenheit wurde zu wenig eingestellt. Ihre Partei konnte sich in der Koalition in dieser Frage nicht durchsetzen, die Bedarfsentwicklung gebe aber früheren Prognosen der Linken recht. Leider studieren viele am Bedarf vorbei. Aus rechtlichen Gründen war es leider nicht möglich, insbesondere die Kombination Deutsch/Geschichte zu verhindern. So werden in Zukunft viele Lehrkräfte mit guten Abschlussnoten eingestellt werden müssen, für die vom Fach her kein Bedarf besteht.

Einigkeit besteht in der Versammlung, dass eine Aufhebung des Kooperationsverbotes wichtige finanzielle Verbesserungen für die Bildung bewirken kann.

### → Schulstruktur

Gerrit Große bedauert es sehr, dass es mit der SPD nicht möglich war, die Gemeinschaftsschule einzuführen, die mehr Chancengleichheit biete und die Hürde für soziale Selektierung senke. Es komme jetzt darauf an, durch jahrgangsübergreifendes Lernen mehr Flexibilität in den Schulbetrieb zu bringen. Die zugespitzte Diskussion über 12- oder 13-jähriges Abitur bringt ihrer Ansicht nach wenig, denn es hängt von der jeweiligen Schülerin bzw. Schüler ab, was besser ist. Das Lernen muss im Vordergrund stehen. Die Schülerinnen und Schüler sollten auch hier flexibel wählen können, jede bzw. jeder benötigt einen anderen Zeitrahmen.

Wolfgang Seelbach stellt fest, dass die Eltern in letzter Zeit wieder mehr Gesamtschulen anwählen, fordert bedarfsgerechte Angebote und hält es für geboten, sowohl den 12-jährigen als auch den 13-jährigen Weg zum Abitur zu ermöglichen.

### → Inklusion

Die Linke will nach eigenen Aussagen die ursprünglich früher geplante schrittweise Auflösung der Förderschulen LES ab 2015 beginnen lassen. Wolfgang Seelbach entgegnet, dass die Elternschaft zwar zu 75% für Gemeinsamen Unterricht eintritt und der LER alle Bemühungen unterstützt, die Bedingungen für Inklusion in Regelklassen zu verbessern. Einer administrativen Abschaffung der Förderschulen wird er jedoch wohl kaum zustimmen und sicherlich auf einer Beibehaltung des Elternwahlrechtes bestehen. Jedoch ist eine Mindestgröße von Förderschulen einzuhalten. Im Speckgürtel entscheiden sich derzeit immer mehr Eltern für Regelbeschulung und gegen Förderschulen. Einigkeit besteht in der Versammlung darin, dass der Prozess zur Inklusion mit weiteren Ressourcen **und** einer entsprechenden Qualifizierung der Lehrkräfte verbunden sein muss.

Der Landeselternsprecher verweist darauf, dass die dünne Personaldecke immer wieder dazu führt, dass bei Krankheit von Lehrkräften die individuelle Förderung besonders leidet. Landeselternrat, CDU und B90/Grüne fordern eine Erhöhung der Vertretungsreserve auf 5 oder 6%. Gerrit Große entgegnet, dass die Linke das noch diskutieren werde. In erster Linie komme es darauf an, den Unterricht so zu organisieren, dass bei Ausfall das Lernen entsprechend weiter geht.

### → Leistungsbeurteilung durch Schulnoten

Eine junge Lehrerin kritisiert die herkömmliche Leistungsbeurteilung durch Schulnoten, die den Kindern nicht gerecht wird und fragt, wie die Elternschaft dazu steht. Der Landeselternsprecher teilt viele Kritikpunkte an der Notengebung. Eine Note sagt nichts darüber aus, bei welchen Kompetenzen und bei welchen Wissenslücken noch Lernbedarf ist. Jedoch: Noten vermitteln den Eltern klar und schnell einen Eindruck, wie ihr Kind im Verhältnis zu den anderen steht und ob das Klassenziel erreicht wird. Deshalb kommen wir derzeit kaum ohne Noten aus. Allerdings gibt es Ausnahmen. Die Heinrich-von-Stephan-Schule beispielweise hat die klassischen

Noten von 1 – 6 weitgehend durch Kompetenzbeurteilungen und Darstellung des Lernfortschritts ersetzt. Dies wurde nach zwei bis drei Jahren dann auch von den Eltern angenommen.

## Studie zum Cybermobbing

Veröffentlicht am 18.05.2013 durch Redaktion

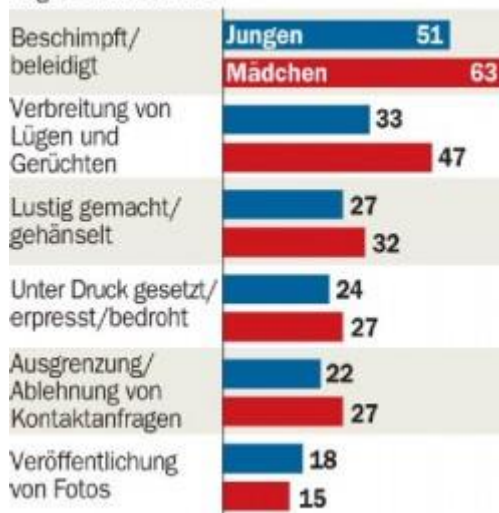
Das Bündnis gegen Cybermobbing hat eine neue Studie vorgestellt, Download hier.

Hier einige Ergebnisse in der MAZ

und in der Berliner Zeitung

### Art und Weise des Cybermobbings

Angaben in Prozent



BLZ/KÜHL: QUELLE: BÜNDNIS GEGEN CYBERMOBBING

Quelle: Berliner Zeitung vom 17.5.2013, <http://www.berliner-zeitung.de/politik/cyber-mobbing-medialer-wandel-ueberfordert-lehrer,10808018,22788320.html> 18.5.2013, 12:34h

Was tun gegen Mobbing?

Der Umgang miteinander und die Gefahren des Internets sind oder sollten zumindest Bestandteil des Unterrichts sein.

Konkrete Hilfsangebote finden sich in der Anti-Mobbing-Fibel .

Die Brandenburger Polizei bietet Elterngremien und Schulen im Rahmen ihrer Präventionsarbeit Unterstützung an, die in einem kürzlich erlassenen Runderlass konkretisiert wird. Dabei soll nach Aussagen der Bildungsministerin Cybermobbing in die Präventionsarbeit aufgenommen werden, anscheinend in den Präventionsfeldern Jugendkriminalität und Kinderschutz. Kontaktmöglichkeiten gibt es bei den regionalen Polizeidirektionen und den örtlichen Polizeiinspektionen.

# HVL: 16 Stellen Schulsozialarbeit vor dem Aus?

Veröffentlicht am 17.05.2013 durch Redaktion

Die Jugendlichen des OSZ Havelland wollen ihre Sozialarbeiterin behalten und taten dies auch auf der Veranstaltung "Jugendwelten" der Heinrich-Böll-Stiftung deutlich kund, die am 15.5.2013 im Falkenseer Haus Am Anger stattfand. Siehe dazu auch den Pressebericht.

Hintergrund ist das Auslaufen der Förderung des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Bund am Jahresende. Eine Weiterbeschäftigung der 16 befristet eingestellten Sozialarbeiter(innen) plus eine Koordinatorenstelle im Havelland ist nicht geklärt. Auch andere Landkreise in Brandenburg, die das Geld in Stellen für die Schulsozialarbeit gesteckt haben, stehen vor dem selben Problem. Nach Angaben des Bildungsministeriums beteiligt sich das Land an der Maßnahme mit 25%, was ca. 7 Stellen entspricht. Mehr dazu in der MAZ.

Auch auf dem SPD-Forum "Zukunft der Bildung im Havelland" am 8.4.2013 fordern mehrere Teilnehmer, darunter der Falkenseer ASB-Chef Ulf Hoffmeyer-Zlotnik, die Weiterführung der 16 Stellen. Bildungsministerin Frau Dr. Münch verspricht daraufhin, dass sich das Ministerium darum kümmern werde.

# Archiv des Landesrates der Eltern bis 2013

Veröffentlicht am 12.05.2013 durch Redaktion

Hier finden Sie Beschlüsse und Artikel, die in den letzten Jahren auf der Homepage des Landesrates der Eltern veröffentlicht wurden. Ältere befinden sich am Anfang, Neuere am Ende der Liste.

LER GeschO

Über uns

2007 1 Wahlversammlung 02.12.2007

2006 Anhoerung 19-10-06 BBL Schulgesetznovelle Sek1 Sek2

40 2011 PM Inklusion

36 neuer Vorstand 2011 (Korrektur: neuer Link zum MAZ-Portrait )

35 BER U\_Qualität

34 Leserbrief Pilotschulen

33 mehr als 30 in GS Klasse

32 Aktionen Freie Schulen Kuerzungen

31 75 Prozent für gemeinsames Lernen

30 PM Schulaufsicht

29 LER 02 2012 VV UO ua

28 Reform der Schulaufsicht

26 BER Inklusion

25 Elterndemo

24 LISUM qualifiziert Eltern

23 Glueckwunsch Petra Brueckner

22 Bildungsbericht mehr vorlesen

21 zu wenig Neueinstellungen

20 neue Oberstufe

19 Visitationsberichte jetzt online

18 Sodexo bedauert

17 Kosten gutes Schulessen

16 Lehren Essensskandal

15 Reisekosten

14 Dialog inklusive Schule

13 Schuelerfeedback

11 GOSTV

10 Abi

09 Sitzenbleiben

08 Sek1 Ordnung

07 Schulessen

06 Aus für Grundschulabi

05 Schuelerfeedback

04 Lehrerstreik

03 AWO Inklusion

01 Unterrichtsausfall

00 2013 05 08 Reisekostenfond

2013 05 1 Jahr Pilotschulen Inklusion

2013 06 Petition KER LOS

2013 06 01 Schulsozialarbeit stärken

Erklaerung des LER-Sprechers zum Abi-Pool 2017

2013 06 26 Chancenspiegel 2013

2013 06 27 zur Anpassung der Lehrkräftegehälter

2013 06 28 Pressespiegel Stand 28.6.2013

2013 06 Petition KER LOS

2013 06 Stellungnahme zu Unterrichtsausfall KER TF

2013 11 zur Aufstockung der Vertretungsreserve

2013 12 27 Artikel Koa Hessen Bldg

2013 12 30 ab 2014 mehr Vertretungsreserve

Zum Koalitionsvertrag 2013



# Reisekostenerstattung für Lehrkräfte verbessert

Veröffentlicht am 8.05.2013 durch Redaktion

Die Mittel für Reisekosten von Lehrkräften (insbesondere für Klassenfahrten) werden von 150.000 Euro auf 500.000 Euro erhöht. Dies gab das Ministerium bekannt und reagiert damit auf ein Verwaltungsgerichtsurteil vom 3.4.2013. Die Regelung gilt ab Schuljahr 2013/14. Ab dem Schuljahr 2014/15 soll dann eine neue Rechtsvorschrift gelten. Im Vorfeld gab es aus Lehrer- und Elternkreisen, auch aus dem Havelland, sowie von den Oppositionsparteien Forderungen nach einer vollständigen Erstattung der Reisekosten für Lehrkräfte.

[pnn vom 10.5.2013](#)

[MAZ vom 10.5.2013](#)

[Kommentar in der MOZ](#)

siehe auch [Meldung in der MAZ](#)

Weitere [Infos vom Landesrat der Eltern](#)

ältere Artikel:

[Artikel in der pnn](#)

[Artikel in der MOZ](#)

[Artikel 2 in der MAZ](#)

[Artikel 1 in der MAZ](#)

[Artikel zu Reaktionen von CDU und Grünen](#)

# SPD HVL diskutiert Bildung der Zukunft

Veröffentlicht am 1.05.2013 durch Redaktion

Am 8. April 2013 diskutiert die SPD in der Oberschule Elstal mit Bildungsinteressierten aus dem Havelland die "Zukunft der Bildung im Havelland". Martin Gorholt, SPD-Vorsitzender im Havelland, verweist einleitend auf die demografischen Herausforderungen. Bis 2030 ist ein Rückgang der Bevölkerung von 4% und der Einnahmen des Landkreises HVL von 20% zu erwarten. Er erwartet im westlichen Havelland eine Halbierung der Geburten.

Frau Dr. Münch, Bildungsministerin, beschreibt 10 perspektivische Bildungsziele der SPD für den Zeitraum bis 2030 vor. Als Beispiele seien hier genannt:

- Sicherung der Investitionsbedingungen an den Schulen insbesondere für Ganztage und Inklusion
- Rechtsanspruch auf Kita-Plätze
- Einführung eines vertieften Bildungsganges an den Oberschulen, der zu einer verbesserten Abiturrate führen soll. In diesem Zusammenhang stellt sie in Aussicht, neben den Oberstufen an OSZ und Gesamtschulen auch Oberstufen an ausgewählten Oberschulen zur Verfügung zu stellen.
- regionale Bildungslandschaften und lebenslanges Lernen

Einige "Praktiker" verweisen darauf, dass Inklusion ein längerer Prozess ist und dass noch nicht alle Voraussetzungen geschaffen sind.

Ulf Hoffmeyer-Zlotnik, Kita-Träger in Falkensee, beobachtet eine zunehmende Anzahl von depressiven Schüler(innen) und Eltern, die sich gegenseitig negativ beeinflussen. Aus seiner Sicht kann nur ein erhöhtes Engagement in der Schulsozialarbeit mit entsprechend mehr Stellen an Schulhelfern und Sozialarbeitern diesen Teufelskreis durchbrechen.

Elke Mohr, Schulleiterin des Marie-Curie-Gymnasiums Dallgow-Döberitz, stellt die besondere Bedeutung der Lehrkräfte in den Vordergrund. Solange diese nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und nicht entsprechend qualifiziert sind, können die Bildungsziele kaum verwirklicht werden.

Irene Petrovic-Wettstädt, Leiterin des Campus Nauen, verweist auf wichtige Voraussetzungen, die noch nicht erfüllt sind: Hortinklusion, angemessene Erzieherinnengehälter, ausreichend Zeit für Diagnose, genügend Schulpsychologen.

[Mehr Informationen zur Veranstaltung in der MOZ](#)  
[und in der MAZ](#)

## HVL: Anmeldungen für die siebten Klassen

Veröffentlicht am 15.03.2013 durch Redaktion

Der Trend vom Vorjahr bestätigt sich überwiegend. Beide Gesamtschulen sind stark übernachgefragt, die Anmeldungen für Oberschulen bleiben unter den Kapazitäten und auch die Gymnasien sind mit Ausnahme des Marie Curie Gymnasiums übernachgefragt. Beide Falkenseer Gymnasien müssen eine Klasse mehr aufmachen, als die Räumlichkeiten eigentlich hergeben.

Im Einzelnen (In Klammern die Anzahl der neuen Klassen laut Aussage der Schulaufsicht, ohne Garantie)

Die Bürgel-Gesamtschule in Rathenow hat 143 Anmeldungen für 107 Plätze. (4 Kl.)

Auch die Kant-Gesamtschule ist weiterhin stark nachgefragt: 188 Anmeldungen für 146 Plätze. (6 Kl.)

Das bedeutet, dass wieder zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit Erstwunsch Gesamtschule zu Oberschulen gehen werden müssen.

Auch einige Gymnasien sind gut nachgefragt:

Jahngymnasium Rathenow: 74 Anmeldungen für 3 Klassen + eine neue LuBKlasse (36 Anmeldungen) (3 Kl., keine LuBK)

Vicco-von-Bülow-Gymnasium: 182 Anmeldungen (4 Kl.)

Lise-Meitner-Gymnasium: 165 Anmeldungen (5 Kl. + 1 LuBK)

Goethegymnasium Nauen: 113 Erstwünsche bei 112 Plätzen (4 Kl.)

Unzufrieden ist das Marie-Curie-Gymnasiums: 97 Erstwünsche für 168 Plätze, erhält aber die umverteilten Schülerinnen und Schüler aus den anderen Gymnasien. (6 Kl.)

Die Oberschule Falkensee wurde von 21 Schülern (Vorjahr: 49) im Erstwunsch angegeben, erhält zahlreiche Rückläufer von anderen Schulen. (3 Kl.)

Die Dr.-Georg-Graf-von-Arco-Oberschule hat 50 Anmeldungen. (3)

Heinz-Sielmann-Oberschule Elstal hat 47 Anmeldungen und liegt damit auch unter den Erwartungen. (3 Kl.)

Brieselang kann mit 42 Erstwünschen die geplanten zwei Inklusionsklassen mit der Kapazität von 46 einrichten. (2 Kl.)

Weitere Anmeldezahlen für Oberschulen: Ketzin/Havel: 55 (2 Kl.), Premnitz 34 (2 Kl.), Rathenow 26 (2 Kl.)

[Daten in der MAZ zu West-HVL](#)

[Mehr zu Ost-HVL in der MAZ](#)

[Übersicht über alle Schulen im HVL](#)

# Vertretungsnotstand am Beispiel Müllrose

Veröffentlicht am 4.03.2013 durch Redaktion

Hier der offene Brief der Elternvertreterinnen:

Offener Brief der Elternschaft – zum Notstand an der Grund- und Oberschule Müllrose

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir schreiben Ihnen aus Verzweiflung und tief empfundenem Ärger über die derzeitige Situation an unserer Schule und an den Brandenburger Schulen im Allgemeinen. Unsere Schule ist als Pilotprojekt Inklusion aufgebrochen, um empirische Daten bereitzustellen und es scheint, als ob uns nur noch dieser Umstand vor Stundenausfällen in Größenordnungen bewahrt.

Zur Situation

Wir sind eine fusionierte Grund- und Oberschule und haben als solche 40 Lehrer mit 26 bis 28 Stunden pro Woche. Davon sind seit vorletzter Woche in der Primarstufe 4 Lehrer krank und in der Sekundarstufe I ebenfalls 4 Lehrer. In dieser Woche hat sich das mit zwei weiteren kranken Lehrern noch verschärft. Das sind 25% der Belegschaft. Ein Primarlehrer davon befindet sich bereits in der 8. Krankheitswoche und ein weiterer der bisher Erkrankten wird voraussichtlich länger ausfallen. Das zwingt unsere Schule zu einer Notfalllösung, die unsere Kinder, die Lehrer und auch uns Eltern vor extreme Schwierigkeiten stellt.

Der Unterrichtsausfall nimmt unzumutbare Ausmaße an

1. In den vorletzten Wochen wurde in Klassenstufe 5 und 6 täglich jeweils eine Klasse vollständig nach Hause geschickt mit jeder Menge Aufgaben. In der letzten Woche waren es 2 Klassen und in der kommenden Woche werden es wieder 2 Klassen der Klassenstufe 5 und 6 sein. Die Unterrichtsplanung wurde so minimiert, dass in der 4. Stufe Sport und Musik gekürzt wurde, um eine Konzentration auf Mathe und Sachkunde zu erreichen und damit in der 6b kein weiterer Ausfall in Physik erfolgen muss. Ein Ende ist nicht abzusehen! Wir fürchten um unsere noch gesunden Lehrer und wir fürchten auch, dass die verbleibende Zeit nicht ausreichen wird, um den versäumten Unterrichtsstoff adäquat aufzuholen.

2. Die Kinder erleben täglich Änderungen, Ausfälle, Aufteilungen und sind mit Recht irritiert. Es gibt für etliche Kinder keinen regulären Stundenplan mehr. Die verbliebenen Lehrer versuchen ihr Bestes, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, auch wenn sie dabei an ihre Leistungsgrenzen gehen müssen. Ein kontinuierlicher Wissensaufbau und eine saubere Übergabe an Vertretungslehrer ist angesichts der täglichen Änderungen und des enormen Zeitdrucks zwischen den Pausen nur schwerlich vorstellbar. Zudem müssen die Eltern sich täglich auf Abruf von ihrer Arbeit einrichten, um ihre, vor allem jüngeren Kinder abzuholen oder irgendwie unterzubringen oder billigend in Kauf nehmen, dass die Kinder bis der Hort beginnt, ohne Aufsicht sind, so wie es am 06.03.2013 der Fall sein wird.

3. In der Sekundarstufe I fallen seit vorletzter Woche täglich die 7. und 8. Stunde aus. Die Kinder werden in andere Klassenstufen aufgeteilt und erhalten Stillbeschäftigungsaufgaben. Mit einem qualitativ, wertvollem Unterricht, der unsere Kinder auf das Berufsleben vorbereiten soll, hat dieser Unterricht nichts mehr gemein.

4. Ohne die Inklusion, die der Schule 41 Lehrstunden mehr gönnt, müssten pro Woche 2 Klassen je Ausfalltag zu Hause bleiben. Aber auch die zugewiesenen Vertretungsstunden – dank Inklusion – sind bei genauerem Hinschauen eher Augenwischerei. Vor der Inklusion gab es 6 Vertretungsstunden und 6 Wahlstunden pro Woche, jetzt sind sowohl Wahlunterricht als auch Vertretungsstunden völlig gestrichen. Unterm Strich verpuffen also durch die Krankenstandsituation alle Inklusionsstunden. Es kann nicht Sinn des inklusiven Gedankens sein, überhaupt erst einen Schulbetrieb zu gewährleisten. Unter diesen Bedingungen ist sowohl regulärer Schulbetrieb als auch Inklusion nicht durchführbar.

Noch gibt es eine Schulpflicht in Deutschland und die ist nicht einseitig auslegbar!!!

Was notwendig ist und welche Fragen in uns hochkochen

Wir sind der Auffassung, dass sich das Schulamt nicht auf die Position zurückziehen darf, dass erst nach 6 Krankheitswochen Vertretung zuzuteilen ist. Der Krankenstand bedarf unbedingter Berücksichtigung. Es geht an dieser Schule nunmehr um ein wöchentliches Defizit von etwa 270 Lehrerstunden. Wir sind erschüttert über so viel Ignoranz. Wir brauchen dringend Vertretungsstunden und die Lehrer dazu!!!

Die Begründung, dass es keine Lehrer gibt, lassen wir nicht gelten!

Es gibt die Möglichkeit, Honorarkräfte und Lehrer im Ruhestand zu aktivieren. Es gibt hoffentlich Datenbanken, die derlei Kräfte anbieten, wenn nicht, ist das im Kommunikationszeitalter nicht tolerierbar. Es sollte doch wohl,

angesichts dieser Situation möglich sein, diese Kräfte zu reaktivieren und zu finanzieren. Wenn es dazu kommt, muss aber darauf geachtet werden, dass diese Lehrunterstützung binnen 4 Wochen ihr Honorar erhält, denn alles andere führt nicht zu einer gesteigerten Motivation, sondern zur Auflösung solcher Datenbanken. Hier ist ein langfristiges Denken und vorausschauendes Agieren angesagt.

- Es gibt Referendare, die auf ihren Einsatz als Lehrer warten, wo sind diese gut ausgebildeten Kräfte?
- Warum werden die Referendare hingehalten und kommen nicht zum Einsatz?
- Ist der „Schweinezyklus der Lehrer“ tatsächlich unlösbar oder wird nur nicht zielstrebig genug nach Lösungen gesucht? Ab 2020 werden demografisch bedingte Schülerzahlenrückgänge prognostiziert. Bis 2020 aber verlassen tausende Schüler die Schulen, die sich mit Notfallplänen über Wasser halten mussten. Wir müssen uns, um das polemisch auszudrücken, nicht wundern, dass erwachsene Fach- und Führungskräfte massenhaft und nachweisbar keine Ahnung von Prozent- und Verteilungsrechnen haben. Kommt dann nach 2020, wenn Schüler- und Lehrerzahlen wieder in einem angemessenen Verhältnis stehen, die kluge Generation? Im Übrigen wird unserer Schule auch nach 2020 ein konstanter Schülerzufluss bescheinigt, wenn unsere Lehrer bis dahin durchhalten und auch die Bausubstanz.
- Haben wir so viel Humankapital, dass wir es uns leisten können, Lehrausbildung zu verschwenden bei gleichzeitigem Mangel? Es werden eher billigere Quereinsteiger finanziert, nicht aber arbeitslose Lehrer auf Fächer oder Fachbereiche, die eine hohe Nachfrage haben z.B. in Grundschulen.
- Warum darf die Wissenschaft, einer „kurzfristigen Eingebung“ folgend, die besten Lehramtsstudenten in die Forschung holen, statt sich selbst um Nachwuchs zu bemühen? So wird Lehrerpotenzial von den Kindern abgezogen.
- Ist es nicht Heuchelei zu behaupten, wir sind Bildungsstandort bei gleichzeitigem Kaputtsparen an Schulen mit verheerenden Folgen für Bau- und Lehrersubstanz?
- Warum werden keine Vertretungspools in ausreichender Höhe gebildet, denn solche Situationen gibt es an allen Schulen am laufenden Band. Ist das gewollt oder ist die Politik unfähig eine Allokationseffizienz auszuüben?
- Warum machen andere Bundesländer Werbekampagnen, um Brandenburger Lehrer abzuwerben? Haben wir schon niederländische Verhältnisse?
- Was unternimmt das Brandenburger Bildungsministerium um unsere Lehrer zu halten und weitere zu gewinnen?
- Was unternehmen Sie Frau Münch und Sie Herr Kranz?

Was kommt noch auf Sie und uns zu

Am 06.03.2013 werden viele Lehrer ihrem Unmut Luft machen über defizitäre Vertretungsreserven, über mangelnde Gleichschaltung des Stundenumfangs von Primar- und Sekundarlehrern (28 h bzw. 26 h), über bessere Schulausstattung, mehr Anrechnungsstunden für Schulleiter usw. Unsere Lehrer sind auch dabei. Es ist oft nicht die Bezahlung, sondern es sind die Ungerechtigkeiten und die Arbeitsbedingungen, die Lehrer in die Ferne ziehen. Wir als Eltern begrüßen daher die Aktivitäten der Lehrer am 06.03.2013. Gleichzeitig stehen wir hier vor einem großen Dilemma.

An diesem Tag sind die Lehrer für ihre Teilpersonalversammlung ab 10:00 Uhr per Personalvertretungsgesetz freizustellen. Die Schule endet ab 10:10 Uhr, die Aufsichtspflicht spätestens 30 Minuten danach. Ab jetzt sind sich die Kinder selbst überlassen. Es erging die Aufforderung an uns Eltern, die Kinder ab 10:10 Uhr abzuholen oder wer das nicht kann, sie gänzlich zu Hause zu lassen. Das Amt Schlaubetal als Schulträger hat auf Nachdruck bei den Hortkindern ein Einsehen und lässt durch die Hortner/-innen statt ab 11:00 Uhr bereits ab 10:10 Uhr die Primarkinder betreuen. Was aber machen die Kinder der Sekundarstufe, und der Klasse 5 und 6, die nicht nach Hause können? Was machen die Kinder deren Bus erst weit nach 10:40 Uhr fährt?

Eine Elternbetreuung wurde erwogen, aber aufgrund mangelnder rechtlicher Absicherung ist es unverantwortlich hier die Verantwortung für die Kinder auf gutwillige Eltern zu verschieben. Im Falle eines Unfalls stehen diese Eltern vor dem Richter, nicht die Schule, nicht das Amt und nicht das Ministerium.

Die Erkenntnis reift – hier liegt ein rechtsfreier Raum vor, der nach einer Lösung schreit. Niemand ist zuständig. Im Zweifel sind es die Eltern. Was sollen die Eltern also tun? Ihre Arbeit aufgeben, um sich auf unvorhersehbare Krankheitsfälle in Schule oder Hort einzustellen, um Unterrichts- und Betreuungsdefizite zu kompensieren? Wenn Lehrer nicht einmal ihre Rechte wahrnehmen können, ohne dass der Schulbetrieb gefährdet ist und die Aufsichtspflicht klar geklärt ist, dann stimmt da etwas ganz gewaltig nicht. Jedes Krankenhaus, jedes Pflegeheim und auch die Polizei hat einen Krisenplan und ausgerechnet die Schule hat so etwas nicht? Haben Sie den

volkswirtschaftlichen Schaden schon einmal hochgerechnet, wenn die Eltern die Arbeit niederlegen?

Wo führt uns das also hin

Deutschland rühmt sich für sein know how und das ist in Brandenburg auf voller Talfahrt.

Wenn Stunden in Größenordnungen wegfallen und Beaufsichtigung nicht mehr gesichert werden kann, wenn Eltern statt zur Arbeit stundenweise in den Hort gehen, dann ist das der Punkt, an dem das Schulsystem in Gänze ad Absurdum geführt wird. Dann ist es an der Zeit etwas zu unternehmen. Die Frage ist nur, wer hier etwas unternimmt – Sie oder wir Eltern.

Wir fordern Sie als Verantwortliche daher auf umgehend und unverzüglich zu handeln,

- unserer Schule Lehrer und Lehrerstunden zu bewilligen und die Bildung von Vertretungspools für Krankheitsfällen einzurichten oder aufzustocken
- Referendare einzustellen, damit die Zukunft unserer und anderer Schulen zu sichern und mehr Lehrerstellen zu schaffen
- die Forderungen der Lehrer zu hören und sie ernst zu nehmen
- kurz und langfristige Investitionsmittel für Schulen einzuplanen und zu sichern.

In Sachen Schulfinanzierung werden die Mittel der Kreisumlage pro Schüler zwar voraussichtlich ab nächstem Jahr aufgestockt, aber die dringend notwendigen Investitionsmittel für die Schaffung angemessener Lernumgebungen und zur Umsetzung inklusiver Raumkonzeptionen werden gänzlich auf unsere Gemeinde abgewälzt. Die schultragenden Gemeinden bleiben auf Investitionsstau und den Sanierungskosten alleine sitzen.

Wir brauchen langfristige Investitionspläne für Schulen und Kitas.

Das Land Brandenburg will Inklusion, gut vorbereitete Schüler und dafür möglichst keine Mittel ausgeben? Das kann kein Weg sein. Stellen Sie strategische Investitionszuschüsse hierfür bereit, denn Immobilien und Kinder leben länger als 10 Schuljahre.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dagmar Schischke und Andrea Lamprea, Schulleitersprecherinnen

# Kreisschulbeirat HVL: aus der Februarsitzung

Veröffentlicht am 24.02.2013 durch Redaktion

Der Kreisschulbeirat Havelland hat sich am 19.2.2013 unter anderem mit den Themen Abitur, Inklusion und neue Sek 1 – Ordnung befasst.

## **Abitur**

Das gemeinsame "Zentral"-Abitur mit Berlin wird ab 2014 auch länderspezifische Aufgaben beinhalten. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass für zentrale Prüfungsfächer in Brandenburg weniger Stunden zur Verfügung stehen als in Berlin. Aus einigen Schulen wird berichtet, dass die neue Oberstufenorganisation mit 5 "Leistungs-"Kursen dazu führt, dass viele Schülerinnen und Schüler überlastet sind und sich auf die weiteren Grundkurse kaum noch vorbereiten können. Grundkurse sind teilweise mit über 30 Lernenden überfüllt. Andere Schulen berichten, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten die Semesternoten jetzt doch ähnlich ausfallen wie in den Vorjahren.

## **Inklusion**

Die neun staatlichen Pilotschulen im Kreis HVL sind gestartet und entsprechend ausgestattet. Die private Grundschule Campus da Vinci in Nauen ist ausgestiegen und verfolgt ein eigenes Inklusionskonzept.

Die ersten Rückmeldungen sind positiv, allerdings sind die Lehrkräfte teilweise mit der Fortbildung unzufrieden. Eine erste Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Begleitung wird es im Herbst (voraussichtlich September) geben, die dann auf der darauffolgenden Sitzung im KSB besprochen werden soll.

## **Sek-1-Ordnung**

Eine Überarbeitung wird an zwei Punkten vorgenommen:

1. Die Vergleichsarbeiten Stufe 8 heißen jetzt zentrale Orientierungsarbeiten und ersetzen eine schriftliche Arbeit, werden also als Klassenarbeit gewertet.

2. Die Aufnahme an Gesamtschulen wurde in der Vergangenheit teilweise missbräuchlich gehandhabt. 50% der Lernenden konnten nach "besonderen Gründen" ausgewählt werden, die von einigen Schulen willkürlich definiert wurden. Dadurch wurden bei einigen Gesamtschulen im Verhältnis zu viele AHR-Empfohlene (also Gymnasialschüler) aufgenommen. Jetzt gibt es in Anpassung an die Rechtsprechung eine Liste von vier Gründen:

- Schulprofil (z.B. Saxophonklasse mit entsprechenden Aufnahmebedingungen)
- Geschwister an der Schule
- Wohnortnähe
- Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Jungen und Mädchen

Der KSB tagt wieder am 28. Mai, die konstituierende Sitzung der neuen Wahlperiode wird ca. 5-6 Wochen nach den Sommerferien sein.

# Gymnasium ohne Sitzenbleiben

Veröffentlicht am 20.02.2013 durch Redaktion

Alle Jahre wieder wird das Sitzenbleiben wieder in den Medien thematisiert, derzeit aus Anlass der neuen Regierung in Niedersachsen.

Siehe dazu den Artikel in der MAZ

Sendung im MDR pro und contra

Zur aktuellen Debatte sei an ein Best-Practice-Beispiel erinnert:

Das ansonsten ganz normale Friedrich-Schiller-Gymnasium Marbach hat mit pragmatischen Konzepten das Sitzenbleiben de facto abgeschafft:

Hier der Bericht in der Zeit

Ähnliche Erfolge kann auch das Lise-Meitner-Gymnasium vorweisen, in dem schon seit vielen Jahren Sitzenbleiben so gut wie nicht vorkommt.

# Besseres Schulessen: Berlin macht ernst

Veröffentlicht am 5.02.2013 durch Redaktion

Für Schulessen wird jetzt in Berlin mehr Geld ausgegeben. Der Zuschuss des Senats soll von 10 auf 19 Millionen Euro erhöht werden. Gleichzeitig müssen Eltern statt 23 jetzt 37 Euro monatlich zahlen. Ziel ist die Einhaltung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Das war im bisherigen Preissegment nicht möglich. Für Transferempfänger ("Hartz IV" – Bezieher, Wohngeldberechtigte u.a.) ändert sich nichts, sie zahlen weiterhin 1 Euro/Essen. Unbürokratische Härtefallregelungen sollen weiterhin an den Schulen entschieden werden.

Das Berliner System ist mit Brandenburg nicht zu vergleichen. In Brandenburg gibt es ein dezentrales System. Hier entscheiden Schulen und Träger vor Ort über die Verträge mit den Caterern. Zuschüsse vom Ministerium gab es bisher nicht.

Hinweise der Bildungssenatorin



# Elternmitwirkung: Einstieg in die Politik?

Veröffentlicht am 28.01.2013 durch Redaktion

Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft hat eine Studie durchgeführt und festgestellt, dass Frauen oft über das Engagement in Kita und Schule zur (Kommunal-)Politik gelangen.

Diese und andere "Wege von Frauen in die Politik" waren Thema einer Podiumsdiskussion im Dallgow-Döberitzer "Volkshaus", zu der über hundert Frauen gekommen waren.

Petra Budke, Trägerin des Helene-Weber-Preis 2011, moderierte die Podiumsdiskussion mit vier bekannten Politikerinnen aus vier Parteien.

Podiumsgäste:

Cornelia Behm (Mitglied des Bundestags, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Johlige (Landesgeschäftsführerin, Die LINKE.)

Angelika Krüger-Leißner (Mitglied des Bundestags, SPD)

Dr. Dietlind Tiemann (Oberbürgermeisterin Brandenburg/Havel, CDU)

Die Politikerinnen berichteten aus ihrem persönlichen Lebensweg und erzählten, warum sie in die Politik gegangen sind, welche Faktoren zum Erfolg beigetragen haben, welche Hindernisse es auf ihrem Weg gegeben hat und ob Frauen Politik anders machen als Männer.

Den Einführungsvortrag hielt Julia Chojecka (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft) „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“

Musik: Therese Härtel mit Rohrbecker Rosmarin

Der Helene-Weber-Preis wurde von Ursula von der Leyen als Familienministerin ins Leben gerufen und 2011 von ihrer Nachfolgerin Christina Schröder zum 2. Mal vergeben. Das Anliegen des Helene-Weber-Preises ist es, das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik zu würdigen.

# KER HVL fordert Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall!

Veröffentlicht am 23.01.2013 durch Redaktion

Beschluss der Kreiselternratssitzung vom 22.01.2013 des Kreises Havelland:

“Der KER Havelland konnte anhand der Schulporträts seiner Schulen feststellen, dass die Mehrheit von ihnen im vergangenen Schuljahr (nur dafür gibt es derzeit aktuelle Daten) einen Unterrichtsausfall hatte, der deutlich über den von Frau Ministerin Münch geäußerten 1,7 % liegt.

Bedenkt man, dass in so mancher Schule Unterricht in Form von zu Hause zu lösender Aufgaben als stattgefunder Unterricht in die Schulstatistik eingeht, müssen sicherlich viele diesbzgl. Angaben in den Schulporträts nach oben hin korrigiert werden.

Für dieses Schuljahr sieht es nach Informationen der KER-Mitglieder nicht besser aus.

Nicht nur, dass durch ausfallenden Unterricht z.T. deutlich weniger Wissen bzw. auch Kompetenzen vermittelt werden können, was unweigerlich zu schlechteren Prüfungsergebnissen führen wird. Wenn in der Oberstufe Unterricht in nennenswertem Umfang ausfällt, fehlt der Stoff für Klausuren. Ohne Klausuren gibt es jedoch keine Zulassung zu den Abiturprüfungen. Beides muss aus Sicht des KER Havelland unbedingt vermieden werden. Der Kreiselternrat Havelland fordert daher das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport dringend auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Aufstellen realistischer Ausfall-Statistiken in allen Schulen – z.B. sollte ein Bearbeiten von Aufgaben zu Hause nicht als Vertretungsunterricht gewertet werden dürfen
- 100 %ige Lehrerausstattung der Schulen ohne Miteinbeziehung der 3% (bzw. 2% + 1%) Vertretungsreserve
- eine der Realität angepasste Vertretungsreserve von mind. 6%
- Schaffung von „Springern“ – d.h. Einstellung einer ausreichenden, am tatsächlichen Bedarf orientierten Anzahl geeigneter Lehrer für einen örtlich begrenzten Bereich (z.B. der Bereich Falkensee, Dallgow, Brieselang, Schönwalde oder Rathenow mit Umgebung), die einen qualifizierten Vertretungsunterricht mit abdecken können, indem sie innerhalb dieses Bereichs in der Schule „einspringen“ und Vertretungsunterricht übernehmen, in denen gerade besonders großer Bedarf ist.
- Abdeckung der Lehrerstunden für AG's durch die „normale“ Lehrerausstattung der Schule (eine Schule braucht auch solche Veranstaltungen und sollte sie nicht in Zeiten zahlreicher Vertretungsstunden aufgeben müssen) und nicht durch die Vertretungsreserve
- Verbesserung des Lehrer/ Schüler-Verhältnisses – Reduzierung der Klassenstärken. Keine gemittelten Berechnungen über das gesamte Land Brandenburg, sondern differenzierte Betrachtung der Gegebenheiten im sog. Speckgürtel und im übrigen Bereich
- Reduzierung der Unterrichtsstunden für jeden einzelnen Lehrer auf 25 Stunden
  
- Maßnahmen zur Motivation von Lehrern:
  - Mehr Anrechnungsstunden für Arbeiten, die über den normalen Aufgabenrahmen für Lehrer hinausgehen (z.B. Vorsitz einer Fachkonferenz, Mitarbeit in der Steuergruppe Schulprogramm usw.)
  - Schaffung sinnvoller Belohnungsmöglichkeiten für Lehrer, die sich engagieren, die über das Verbale hinausgehen
  - Verpflichtung der Lehrer zu Präsenzzeiten, damit auch immer genügend Lehrer für Vertretungsunterricht anwesend sind
  - Intensive und enge persönliche Unterstützung durch das MBSJ oder das zuständige Schulamt vor Ort bei der Motivation des Lehrerkollegiums durch geeignete Maßnahmen.”

# Inklusion: mehr Information nötig

Veröffentlicht am 19.01.2013 durch Redaktion

Bildungsministerin Frau Dr. Münch kündigt an, Eltern und Interessierte mehr über die Inklusion zu informieren. Das tut auch Not, denn viele Eltern fühlen sich uninformiert, nicht an allen Schulen scheinen die Eltern bei der Entscheidungsfindung zur Pilotschule Inklusion ausreichend beteiligt gewesen zu sein. Die Stimmen gegen gemeinsamen Unterricht aus dem politischen Raum werden lauter. Inklusion scheint zum Wahlkampfthema zu werden.

[Hier das Informationsportal des MBS](#)

[Artikel in der pnn](#)

[Artikel in der MAZ](#)

Zitat aus einem MAZ Bericht über den Bildungsausschuss Potsdam Mittelmark

„Es gibt zu wenig Sonderpädagogen und keine Aufklärung für Eltern“, bemängelte Kreisschulbeiratssprecher Matthias Höppner. „Sie sind allein gelassen und völlig überfordert.“ In vielen Inklusionsklassen sei nach seinen Informationen kein normaler Unterricht mehr möglich. „Die Schüler tanzen dort auf den Tischen, andere Kinder haben Angst“, sagte Höppner unter dem Beifall der Gäste. Ausschussmitglied Bodo Puschner (CDU) erklärte, er befürchte, dass die Grundschulen wegen der Inklusion „zunehmend verblöden, hier wird irgendetwas probiert auf dem Rücken der Kinder, das in meinen Augen nicht funktionieren kann.“

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12455396/60889/Bildungsausschuss-lehnt-Schliessung-ab-Zerreissprobe-wegen-der-Foerderschulen.html>

Der Kreiselternrat HVL hat sich auf seiner Sitzung am 22.1.2013 mit Inklusion beschäftigt. Es gibt unterschiedliche Rückmeldungen aus den Pilotschulen und unterschiedliche Erfahrungen mit Integration bzw. Inklusion. Als Fazit der Diskussion plant der KER einen Erfahrungsaustausch der Pilotschulen im Sommer 2013. Einstimmig wurde beschlossen, dass das Wahlrecht der Eltern bestehen bleiben soll.

# Bildungsministerium prüft Kostenregelung bei Klassenfahrten

Veröffentlicht am 15.01.2013 durch Redaktion

Kleine Anfrage 2548

des Abgeordneten Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

fraktionslos

Drucksache 5/6436

Schulfahrten als Dienstreisen für Lehrkräfte

Aus der Antwort des Ministeriums:

„Frage 11: Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 16.10.2012 für die zukünftige Praxis und für eine möglicherweise zu ändernde Verwaltungsvorschrift?“

Frage 12: Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Nordrhein-Westfalen (Münster) vom 14.11.2012 für die zukünftige Praxis und für eine möglicherweise zu ändernde Verwaltungsvorschrift?“

Zu den Fragen 11 und 12:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Ländern Brandenburg und Nordrhein-Westfalen sind nicht gleich.

Der den Gerichten zur Entscheidung vorliegende Fall unterscheidet sich auch von der Praxis im Land

Brandenburg (siehe bereits zu Frage 13). Gleichwohl werden die zitierten Entscheidungen – die Begründung zum Urteil des BAG liegt erst seit wenigen Tagen vor – zum Anlass genommen, die derzeitige Praxis zu überprüfen.“

[Artikel in der Berliner Zeitung](#)

# MCG-Eltern fordern mehr Ressourcen für Bildung

Veröffentlicht am 15.01.2013 durch Redaktion

Die Elternkonferenz des Marie Curie Gymnasiums in Dallgow-Döberitz beklagt hohen Unterrichtsausfall und hat sich in einem Schreiben an die Fraktionen des Landtags gewandt.

“Marie-Curie-Gymnasium  
Elternkonferenz  
Marie-Curie-Str. 1  
14624 Dallgow

Bildungspolitische Sprecher der  
SPD – Herrn Günther  
Die Linke – Frau Große  
CDU – Herrn Hoffmann  
FDP – Herrn Büttner  
Bündnis 90/ Die Grünen – Frau von Halem

Stundenausfall  
Dallgow, den 04.01.2013  
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie in der Hoffnung, dass Sie uns helfen bzw. unsere Forderungen unterstützen werden. Seit einiger Zeit ist an unserer Schule der Unterrichtsausfall so hoch, dass wir Eltern das nicht mehr hinnehmen können und sogar befürchten, dass unsere Kinder so viel Lernstoff versäumen, dass sie für die (Abitur)Prüfungen nicht mehr in ausreichendem Maß vorbereitet sind.

Von 52 Lehrern sind 3 langfristig erkrankt. Darüber hinaus fehlen nahezu täglich ca. 10 weitere Lehrer kurzzeitig. Bei so vielen fehlenden Lehrkräften erreichen wir Stundenausfallquoten (ersatzlos ausgefallener, nicht vertretener Unterricht) von bis zu 20 % bereits in diesem Schuljahr (bis zum 21.11.2012 im Fach Biologie) in der SEK I. Da kann aus unserer Sicht auch das beste schulinterne Konzept zur Vermeidung von Unterrichtsausfall nur noch den Mangel verwalten.

Konkret fürchten wir Eltern daher, dass den Schülern durch Unterrichtsausfall in der SEK I massiv Grundlagenwissen fehlen wird. In der SEK II werden sogar juristische Aspekte berührt: Findet kein oder nur sehr wenig Unterricht statt, können keine Klausuren geschrieben werden (es fehlt der Stoff), was aber die Voraussetzung zur Zulassung zu den Abiturprüfungen ist.

Als relativ junge und wachsende Schule sind uns in der Vergangenheit immer wieder neue Lehrer zugewiesen worden, die auch nicht alle unsere Schule freiwillig ausgewählt haben. Von daher können wir auch nicht ausschließen, dass bei manchem unserer Lehrer die Einsatzbereitschaft fehlt, die eine Schule braucht und die wir Eltern erwarten, damit für unsere Kinder ein qualitativ hochwertiger Unterricht sichergestellt werden kann.

Kurzfristig brauchen wir dringend geeignete qualifizierte Lehrer für die Fächer Mathematik und Physik, die auch in der Oberstufe unterrichten dürfen. Noch im Herbst hatten wir krankheitsbedingt zusätzlich großen Bedarf an Lehrern für Politische Bildung, Französisch und Geografie.

Langfristig halten wir folgende Maßnahmen für absolut notwendig, um nicht nur in unserer Schule ein einwandfreies Arbeiten zu ermöglichen:

- Aufstellen realistischer Ausfall-Statistiken in allen Schulen – z.B. sollte ein Bearbeiten von Aufgaben zu Hause nicht als Vertretungsunterricht gewertet werden dürfen
- 100 %ige Lehrerausstattung einer Schule ohne Miteinbeziehung der 3% (bzw. 2% + 1%) Vertretungsreserve
- Eine der Realität angepasste Vertretungsreserve von mind. 6 %
- Schaffung von „Springern“ – d.h. Einstellung einer ausreichenden, am tatsächlichen Bedarf orientierten Anzahl geeigneter Lehrer für einen örtlich begrenzten Bereich (z.B. der Bereich Falkensee, Dallgow, Brieselang, Schönwalde oder Rathenow mit Umgebung), die einen qualifizierten Vertretungsunterricht mit abdecken können, indem sie innerhalb dieses Bereichs in der Schule „einspringen“ und Vertretungsunterricht übernehmen, in der

gerade besonders großer Bedarf ist

- Abdeckung der Lehrerstunden für AG's durch die „normale“ Lehrerausstattung der Schule (eine Schule braucht auch solche Veranstaltungen und sollte sie nicht in Zeiten zahlreicher Vertretungsstunden aufgeben müssen) und nicht durch die Vertretungsreserve
- Verbesserung des Lehrer/ Schüler-Verhältnisses – Reduzierung der Klassenstärken. Keine gemittelten Berechnungen über das gesamte Land Brandenburg, sondern differenzierte Betrachtung der Gegebenheiten im sog. Speckgürtel und im übrigen Bereich
- Reduzierung der Unterrichtsstunden für jeden einzelnen Lehrer auf 25 Stunden
- Schaffung bzw. Ausbau von Anreizsystemen für Lehrer:
  - mehr Anrechnungsstunden für Arbeiten, die über den normalen Aufgabenrahmen für Lehrer hinausgehen (z.B. Vorsitz einer Fachkonferenz, Mitarbeit in der Steuergruppe Schulprogramm usw.)
  - Schaffung sinnvoller Belohnungsmöglichkeiten für Lehrer, die sich engagieren, die über das Verbale hinausgehen
- Verpflichtung der Lehrer zu Präsenzzeiten, damit auch immer genügend Lehrer für Vertretungsunterricht anwesend sind
- Intensive und enge persönliche Unterstützung durch das MBSJ oder das zuständige staatliche Schulamt vor Ort bei der Motivation des Lehrerkollegiums durch geeignete Maßnahmen

Aus unserer Sicht sind all diese Punkte wesentlich, wenn man in Schulen die Lehrer entlasten und motivieren, damit den Krankenstand reduzieren und den dennoch vorhandenen Unterrichtsausfall sinnvoll und effektiv auffangen möchte.

Wir bitten Sie um Ihre Hilfe! Wenn sich nicht bald etwas ändert, wird nicht nur unsere Schule ihre Aufgaben nicht mehr in der von uns allen gewünschten Form erfüllen können.

Für Rückfragen bzw. ein Gespräch stehen wir Ihnen natürlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christiane Lewandowski  
(Schulelternsprecherin)"

# Zentralabi Bln/BRB: 2014 mit landesspezifischen Aufgaben

Veröffentlicht am 11.01.2013 durch Redaktion

Frau Dr. Münch hat am 10.1.2013 vor dem Bildungsausschuss erklärt, dass 2014 das gemeinsame Abi mit Berlin nicht mehr in der bisherigen Form stattfindet.

Es werden in Mathematik, Englisch und Französisch nur noch 50% gemeinsame Aufgaben gestellt, die anderen 50% werden landesspezifisch sein. In Deutsch wird von 4 Themenvorschlägen, aus denen sich der Abiturient einen aussucht, ein Vorschlag landesspezifisch sein.

Das Modell unterschiedlicher Erwartungshorizonte für gleiche Aufgaben ist offenbar vom Tisch. Die Ministerin kommt damit einer Forderung von Eltern ein Stück entgegen, die mehr landesspezifische Aufgaben gefordert hatten.

Die Eltern fordern schon seit Längerem mehr Abstimmung beim Abitur zwischen den Ländern. Die KMK plant, ab 2017 mit einem gemeinsamen Aufgabenpool das Abitur durchzuführen.

Für die Region Berlin/Brandenburg fragen sich viele Eltern aber angesichts der so unterschiedlichen Oberstufenorganisation, ob ein Zentralabi mit Berlin überhaupt sinnvoll ist.

siehe auch den Bericht in Brandenburg aktuell

Frau Dr. Münch hat heute (10.1.2013) auf dem Bildungsausschuss erklärt, dass 2014 das gemeinsame Abi mit Berlin nicht mehr in der bisherigen Form stattfindet.

## Schulessen: Vorbild Teltow

Veröffentlicht am 7.01.2013 durch Redaktion

Informationsveranstaltung 21. Januar 2013

Thema: Gesundes Essen in Kita's & Schulen

Adresse: Marktplatz 1 bis 3  
Stubenrauchsaal  
14513 Teltow

Zeit: 19.00 bis 21.00 Uhr, mit Open End bei Bedarf

Der Ablauf der Veranstaltung gestaltet sich wie folgt:

1. Wie das Projekt entstand: E. F. Adenstedt
2. Das Projekt mit Ergebnissen und Bewertung: Prof. Dr. H.-J. Zunft
3. Erfahrungen bei der Umsetzung in den Schulen: Herr Belkner, Stadtverwaltung
4. Erfahrungen bei der Umsetzung in den Kitas: Frau Haller, Kita -Werksleitung
5. Verbleibende Probleme, Fragen und Diskussion

# Schulesen Dallgow: 77% wollen mehr für Qualität zahlen

Veröffentlicht am 7.01.2013 durch Redaktion

Die GS "Am Wasserturm" in Dallgow-Döberitz gehörte zu den Schulen, die vom Sodexo-Skandal kurz vor den Herbstferien stark betroffen waren. Obwohl viele Kinder der Schule seinerzeit am Magen-Darm-Virus erkrankten, hatte weder die Gemeinde noch die Schulleitung eine Warnung an die Eltern herausgegeben. Das Sodexo-Essen wurde anders als z. B. in Falkensee nicht gestoppt. Zur Erinnerung: Verseuchte Erdbeeren aus China, die nicht erhitzt wurden, lösten die heftigen Magen-Darm-Erkrankungen aus.

Eine anschließende Umfrage der Gemeindeverwaltung hatte mit 74% eine hohe Beteiligung und zeigt ein überraschend klares Ergebnis:

62% der Eltern wollen einen Wechsel des Anbieters.

77% sind bereit, für bessere Qualität auch mehr zu bezahlen (52% 2,50 bis 3,00 € und 25% 3,00 bis 3,50€).

Es ist davon auszugehen, dass die Gemeinde bei der kommenden Ausschreibung diese Ergebnisse berücksichtigen wird und anders als bisher auch andere Anbieter als Sodexo in die Auswahl einbezieht.

Außerdem äußerten Eltern den Wunsch, regionale Anbieter zu bevorzugen. Dies kann vermutlich aus Wettbewerbsgründen (EU-Recht) so nicht in die Ausschreibung übernommen werden. Allerdings könnten mit ökologischen Kriterien regionale Zulieferer bevorzugt werden.

Eine Umfrage an einer Grundschule in Oranienburg ergab folgende Ergebnisse, die mir ein Elternvertreter zusandte:

"Es haben 113 Mädchen und Jungen an der Befragung teilgenommen. Das sind ca. 2/3 aller Schüler.

Insgesamt wurden 399 Einzelbewertungen durchgeführt.

Ca. 1/3 der befragter Kinder nehmen nicht an der Schulspeisung teil.

Der verhältnismäßig hohe Anteil ist in der höheren Beteiligung in den Klassenstufen 5 und 6 begründet.

In den Klassenstufen 1 bis 3 nehmen ca. 95% der Schüler an der Schulspeisung teil.

Die Durchschnittsnote für das Essen ist 2,4. Dabei haben 62% der Einzelbewertungen beim Essen bei sehr gut und gut gelegen.

11% der Portionen wurden als mangelhaft oder nicht essbar eingestuft. Gleiche Schüler haben jedoch andere Essen mit gut bewertet.

81% der Eltern wünschen sich einen Anteil von regionalen+ökologischen Zutaten von 50%.

53% der Eltern wünschen sich einen Anteil von regionalen+ökologischen Zutaten von perspektivisch 100%.

Auf die Frage, ob die maximale Warmhaltezeit bei 2, 3 oder 4 Stunden liegen soll, antwortete die Mehrheit mit 2 Stunden.

Der Durchschnittswert lag bei 2,2 Stunden.

Obwohl 62% der Einzelportionen mit sehr gut bis gut bewertet wurden, sind 56% der Eltern bereit für ein besseres Essen

den maximal vorgeschlagenen Erhöhungsbetrag von 40 Cent zu zahlen. Der durchschnittliche Erhöhungsbetrag lag bei 31 Cent. (Der maximale Eigenanteil am Essen liegt bei 1,50 Euro. Die Kosten für ein Essen sind nicht bekannt, da die Stadt die Schulspeisung bezuschusst.)

78% wünschen eine Angabe der Inhaltsstoffe des gelieferten Essens und wollen wissen woher die Zutaten stammen.

71% wünschen eine Information über die Lieferwege und Lieferzeiten des Essens."

# CDU-Fraktion fordert 3% mehr Vertretungsreserve

Veröffentlicht am 4.01.2013 durch Redaktion

Die CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag stellt in ihrer Fraktionszeitung neue Forderungen zur Bildung vor, insbesondere:

- Erhöhung der Vertretungsreserve von 3 auf 6%
- Erhalt aller Schulstandorte
- Vier Wochenstunden mehr für Deutsch und Mathe
- "Schulfrieden".

## Faires Abi! Leserbrief eines Lehrers

Veröffentlicht am 20.12.2012 durch Redaktion

Veröffentlicht in der MAZ vom 20.12.2012

Sehr geehrte Redaktion,

in Ihrem heutigen Artikel "Prestigeprojekt auf dem Prüfstand: Märkische Schüler und Eltern protestieren gegen den gemeinsamen Abitur-Abschluß mit Berlin" empfiehlt der Bildungsexperte Gordon Hoffmann von der CDU eine Orientierung der gymnasialen Oberstufe Brandenburgs an die von Sachsen und an die von Mecklenburg Vorpommern!

Zitat:

"Nein", meint Gordon Hoffman. „Die Vergleichbarkeit ist nicht mehr gegeben“, sagt der Bildungsexperte der CDU-Fraktion. Deswegen hat die Union das Berlin-Abi in einem Parteitagebeschluss abgelehnt. Generell gegen gemeinsame Tests sei er aber nicht, sagt Hoffmann, im Gegenteil: „Die Leute haben die Schnauze voll von dem Flickenteppich in der Bildung.“ Sein Vorschlag: Brandenburg müsse sich lieber mit Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen verbünden, die vom Kurssystem besser zur Mark passen. (Von Marion Kaufmann)

Offensichtlich sind dem Bildungsexperten zwei Sachverhalte völlig unbekannt:

Die gymnasiale Oberstufe in Sachsen entspricht genau der gymnasialen Oberstufe von Berlin. Dort belegen die Schüler wie in Berlin nur zwei Leistungskurse im Gegensatz zu Brandenburg!

In Brandenburg sind nun 5 Leistungskurse Pflicht, in Mecklenburg Vorpommern und in Sachsen Anhalt seit Jahren 6 Leistungskurse.

In beiden Ländern bleiben nun fast 10% der Schüler in den Klasse 11 sitzen, Die Abiturergebnissen in Mathematik haben sich drastisch von etwa 8,5 Notenpunkten auf bis 5,6 Notenpunkten verschlechtert! Unter solchen Aspekten sind die Aussagen eines Bildungsexperten für mich mehr als verwunderlich!

Ich hoffe im Interesse der Schüler, dass ihre berufliche Entwicklung nicht weiter durch die Unkenntnis von Bildungsexperten bestimmt wird!

Mit freundlichen Grüßen  
Günter Germann, Halle/S.